



Einzelpreis 25 Goldpfennig

Saar-Freund

Nachrichten aus dem abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“

Nummer 6
5. Jahrgang

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungs-
preisliste S. 206) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 17,
Königsgräber Str. 44, Fernspr.-Anschl.: Amt Lühm 3220. — Bezugspreis monatlich: 50 Goldpfennig. — Alle
Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin NW. 7, Nr. 66536 oder auf Deutsche Bank, Depostenkasse S., Berlin SW. 47,
Selle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein“ mit dem Vermerk „Saar-Freund“ erbeten.

15. April
1924

Osterhoffen.

R. P. Und wieder ist's Ostern worden, Ostern, das Auferstehungsfest. Es erinnert uns daran, daß wir nicht alle Hoffnung begraben sollen, wenn uns das Leben auch noch so hoffnungslos scheint. Wo es uns heute scheinen möchte, als sei die Last, die wir zu tragen haben, zu schwer, als sei der Stein vor unserer Freiheit Tür zu groß, da sollten wir uns des Ostermorgens erinnern, an dem die Frauen von Jerusalem zum Grabe Jesu wanderten. Ihr Herz war schwer und ohne Hoffnung, denn der, den sie liebten als der Menschen Heiland und Helfer, der war tot.

Trauer im Herzen und ohne Hoffnung! Erinnert uns das nicht an unsere heutige Lage? Wie die alttestamentlichen Pharisäer und die wankelmütige Menge von dem, an welchem Pilatus seine Schuld fand, den Kreuzestod forderte, so betreibt die ganze Meute derer um Frankreich Deutschlands Zertrümmerung. Heute, wo klarer denn je vor aller Welt bewiesen ist, daß Deutschland keine Schuld an dem vergangenen Kriege trägt, wo überall in der Welt vernünftige, rechtlich urteilende Stimmen sich vernehmen lassen, daß der sogenannte Vertrag von Versailles ein Verbrechen darstellt, ein Dokument, das unerfüllbar ist, unerfüllbar bleiben muß, heute verlangt Frankreich unerbittlicher denn je: Zahle oder du bist dem Henker verfallen.

Mit Trauer im Herzen treten wir in den Ostermorgen hinein, Trauer um die zahlreichen Opfer an Gut und Blut, an Leib und Leben, an Freiheit und Heimat, die dieser verlogene französische Pharisäer vom deutschen Volk, besonders von der Bevölkerung an Rhein, Ruhr und Saar, gefordert hat und weiter fordert. Trauer darüber, daß, obwohl die ganze Welt dieses Verbrechen Frankreichs, wie es nicht seinesgleichen in der menschlichen, in der Geschichte der Völker findet, empörend verurteilt, keine Macht aufgestanden ist und erklärte: Es ist genug! Darüber haben wir Trauer im Herzen. Und keine Hoffnung lebt in uns, daß Frankreichs Sinn sich ändern könnte, seine vielhundertjährige Geschichte von Raub, Mord und Ueberfall läßt darüber keinen Zweifel. Hier gibt es kein Auferstehen eines Glaubens, bevor nicht ein Weltgericht über Frankreich gerichtet hat.

Aber ein anderer Osterglaube lebt und leimt in unserm Herzen: es kommt ein deutsches Auferstehen! Die Weltgeschichte hat noch nicht ihr unabänderliches „Es bleibe!“ gesprochen. Ostern verheißt uns ein sieghaftes „Es werde!“ Auch der fanatischste Deutschenfresser wird eingestehen müssen, daß Deutschland bis an die Grenze seiner Würde seine Verständigungsbereitschaft bewiesen hat. Frankreich hat um so schamlosere Forderungen gestellt, hat um so unverschämtere Antworten erteilt! Die Grenze ist erreicht. Schon bäumt sich trotzig und drohend das deutsche Selbstbewußtsein auf, schon regt sich fühlbar der deutsche Freiheitsdrang: Karfreitag ist erreicht...

Hütel euch, die ihr Deutschland schon tot wähnt! Ihr werdet erschrecken, wenn euch aus dem vermeintlichen Grabe Deutschlands wie Donner eine Stimme verkündet: Deutschland ist auf-

erstanden! Heute noch habt ihr es in der Hand, euch diese Botschaft zu ersparen, die euch Zittern und Entsetzen ankommen lassen wird. Verzichtet auf das „Kreuziget“. Die Sachverständigen haben soeben ihr Gutachten abgegeben, ein Gutachten, das Frankreichs Interesse in weitestem Maße berücksichtigt. Und schon lassen sich aus Paris die Stimmen vernehmen, die ein neues Diktat für Deutschland fordern, die die Sachverständigen-Gutachten noch mit weiteren Verstümmelungen Deutschlands, mit neuen Sanktionen verknüpft wissen wollen. Sie mögen sich rechtzeitig warnen lassen, Deutschland glaubt an seinen Ostermorgen!

Aber noch immer hofft Frankreich mit seiner Gewalt- und Rechtsbruchpolitik sein Ziel zu erreichen. Was an Rhein und Ruhr, in der Pfalz und an der Mosel mit rücksichtslosem Vertragsbruch betrieben wird, das glaubt man im Saargebiet mit anderen Mitteln „im Namen des Völkerbundes“ erreichen zu können. Es gibt dort kein Mittel, das nicht in Anwendung käme, um die Loslösung des Saargebiets vom übrigen Deutschland zu beschleunigen, es gibt aber auch kein Gebiet, gegen das diese Mittel nicht versucht würden. Zwar hat die Saargebietsbevölkerung den französischen Areaturen am 27. Januar eine deutliche Warnung erteilt und die heißt: Das Deutschtum an der Saar ist nicht tot, es ist auferstanden! Doch Frankreich wühlt und wütet weiter.

Und wenn nun wieder die Ostergloden durchs deutsche Land hallen, dann möge ein jeder sich die Frage vorlegen und ernstlich prüfen: Was sagt uns die Osterbotschaft? Schwer lastet auf uns das Joch von Versailles, schwer die Schmach, die Frankreich uns wohlüberlegt immer und immer erneut antut. Was man uns als Friede angeboten, ist nicht Friede, ist Tod. Sollen wir darob die Hände verzweifelt in den Schoß legen und untätig zusehen, wie brutale Räuber uns nach dem Leben trachten?

Nein! Wir wollen an die Auferstehung unserer Freiheit glauben, wollen hoffnungsvoll des Tages harren, da alles, was man uns getötet und geraubt hat, uns zu neuem Leben, zu neuer Größe wieder erwachen wird. Wir wollen den rechten Osterglauben haben und ihn hegen, trotz Not und Tod. Sie können uns, da wir ohnmächtig sind, unser Eigentum rauben, unsern Glauben aber können sie uns nicht nehmen.

Deshalb begrüßen wir den kommenden Ostermorgen als Symbol für Deutschlands Auferstehen. Waffen und Gewalt, Lüge und Verleumdung können sie gegen uns ins Feld führen: den deutschen Glauben, den deutschen Willen zur Freiheit werden sie nicht töten können. Er wird auferstehen zu neuer Macht, zu neuer Stärke, weil Deutschland auf seiner Seite das Recht hat, das Recht und seine gute Sache.

Komm bald, du Ostermorgen,
Du Tag der Freiheit und des Rechts...

Frankreichs Schulpolitik im Saargebiet.

Von Werner Pardoll.

In der französischen Note vom 29. März 1919 an die Friedenskonferenz zur Regelung der Saarfrage ist die Forderung auf Volksabstimmung im Saargebiet erst nach 15 Jahren damit begründet worden, diese Frist sei notwendig, „um die Zeit handeln zu lassen und die Bevölkerung in die Lage zu versetzen, gerecht und frei über die Souveränität zu entscheiden“. Daß einer solchen widersinnigen Begründung von den übrigen Vertretern der Alliierten nicht mit Entschiedenheit und Erfolg entgegengetreten wurde, kennzeichnet treffend den Geist, der diese ganze sogenannte Friedenskonferenz erfüllte.

„Um die Zeit handeln zu lassen“ brauchte Frankreich eine 15jährige Vorbereitungszeit für die Volksabstimmung im Saargebiet. Wer nur einigermaßen aufmerksam die Vorgänge an der Saar in den vergangenen vier Jahren verfolgt hat, der weiß, was Frankreich darunter verstanden hat. Nach Clemenceau sollten „150 000 Saarfranzosen“ den Anschluß des Saargebiets an Frankreich ersehen: bei den Landesratswahlen 1924 stimmten rund 7000 Wähler einschließlich der rund 5—6000 seit 1919 zugewanderten wahlfähigen Franzosen für die französische Liste! Nach dieser Richtung handelt die Zeit nicht in dem Sinne, den Frankreich sich gedacht hatte. Aber nach einem anderen: der bisher völlig französisch eingestellten Saarregierung ist es in den vergangenen vier Jahren gelungen, die wirtschaftliche Umstellung des Saargebiets nach Westen fast völlig zu erzwingen, die deutsche Währung unter Vertragsbruch aus dem Saargebiet zu verbannen, die „Saareinwohnerschaft“ zugunsten der zuziehenden Franzosen einzuführen, den Zugang und vor allem die Aufenthaltserlaubnis Reichsdeutscher im Saargebiet so gut wie gänzlich zu verhindern, das französische Militär im Saargebiet zu belassen und vor allem unter größtem Vertragsbruch den deutschen Charakter der Schule zu verändern.

Auf die Eroberung der deutschen Schule legt die Saarregierung den allergrößten Wert. Bei ihren Maßnahmen zur Erreichung dieses Zieles zeigt sich die ganze Bedeutung des von Frankreich aufgestellten Satzes, eine Frist von 15 Jahren wird für notwendig erachtet, „um die Zeit handeln zu lassen“. § 28 schreibt zwar ausdrücklich vor, daß die Bewohner des Saargebiets ihre Schulen und ihre Sprache behalten. Schulen und Sprache im Saargebiet sind deutsch, sie sollen es nach den Vertragsbestimmungen auch bleiben. Frankreich aber denkt und handelt anders. Die Einführung des französischen Sprachunterrichts an den Volksschulen widerspricht diesen Bestimmungen; desgleichen die Methoden, die angewendet werden, um diesen Unterricht besonders erfolgreich zu gestalten. Die Einführung eines besonderen, in Paris bearbeiteten saarländischen Lesebuches, das nicht in einem Falle die Worte „Deutschland“ oder „deutsch“ enthält, widerspricht gleichfalls diesen Bestimmungen. Eine grobe Verletzung des Saarstatuts bedeutet die Errichtung französischer Staatschulen für Kinder von deutschen Eltern, die in keinem Arbeitsverhältnis mit den Saargruben stehen. In dieser Beziehung sagt § 14 des Kapitels I der Anlage zu den Artikeln 45—50 ausdrücklich, daß „der französische Staat als Nebenanlagen der Gruben Volksschulen und technische Schulen für das Personal und die Kinder des Personals“ — d. h. des französischen Personals — errichten kann. Diese Bestimmungen hat die Regierungskommission eigenmächtig abgeändert, indem der Besuch dieser französischen Staatschulen auch Kindern des deutschen Personals der Gruben und vor allem Kindern deutscher Eltern erleichtert und nahegelegt wird, die in gar keiner Beziehung zu den französischen Saargruben stehen. Es soll nicht auf die korrupten und korrumpierenden Methoden eingegangen werden, die angewendet wurden, um deutsche Kinder für die französischen Staatschulen einzufangen. Es ist aber außerordentlich bedauerlich, daß der Völkerverbund, dem alle diese Dinge bekannt sind, keinen Anlaß genommen hat, hier einzuschreiten.

In diesen Tagen ist die Saarregierung in der Förderung der französischen Schulpolitik wieder einen Schritt weiter gegangen: zum Dezernenten der Landesstudienanstalten (Lehrerseminare) hat sie den französischen Westschweizer du Pasquier ernannt. Die deutschen Lehrerseminare an der Saar unter der Kontrolle eines französisch gefinnten Ausländers: das kennzeichnet besser wie manches andere, was Frankreich mit dem Begriff „die Zeit handeln zu lassen“ gemeint hat. Die Durchdringung der saarländischen Schulen mit französischem Geist wird langsam, aber systematisch fortgeführt in der Hoffnung, damit die heranwachsende Generation an der Saar in französischem Sinne beeinflussen zu können. Auf diesem Wege hofft Frankreich, das Abstimmungsergebnis im Jahre 1935 zu seinen Gunsten zu gestalten. Nimmt man ferner hinzu, daß mit französischem Gelde auch im Saargebiet eine Separatisten-

garde aufgestellt wurde, deren Hauptziel ist, „die Volksabstimmung durch geeignete Maßnahmen mit den dauernden Interessen des Saarlandes in Einklang zu bringen“, so versteht man klar Frankreichs Politik unter dem Motto: die Zeit handeln zu lassen!

Ob sich diese Hoffnung allerdings erfüllt, ist eine zweite Frage, wenn auch nicht verkannt werden soll, daß diese Methode französischer Vortrennungspolitik manche Gefahren für das Deutschum in sich birgt. Man überlege sich wohl, was es bedeutet, wenn der gesamte Lehrernachwuchs des Saargebiets in den kommenden zehn Jahren daraufhin kontrolliert wird, in welchem Geist er erzogen wird, wenn diesem Nachwuchs alles ferngehalten wird, was an Deutschland erinnert, was die wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und bevölkerungsmäßigen Zusammenhänge des Saargebiets mit Deutschland beweist, wenn die deutsch-saarländische Geschichte gesäubert wird, wenn die Eignungsbeurteilung und damit die Anstellung und Beförderung davon abhängig gemacht wird, welche politische Gesinnung der Schulausbewerber in der Praxis bewiesen hat. Gewiß, der heutige und der kommende Lehrernachwuchs steht heute noch in lebendiger Fühlung mit Deutschlands großer Vergangenheit, mit dem Deutschum überhaupt. Man täusche sich aber nicht: wenn die Regierungskommission Herrn du Pasquier mit dem Dezernat über die Landesstudienanstalten betraute, dann tat sie es mit Ueberlegung, mit einem wohlverwogenen Ziel und mit einem wohlbedachten und durchgearbeiteten Plan.

Frankreichs Schulpolitik vollzieht sich in beängstigender Stille, offenbar ausgehend von der Ueberlegung, daß sich die Saargebietsbevölkerung in dieser Frage harmlos fühlen soll, da sie den § 28 des Saarstatuts sich zum Schutze zur Seite wähnt. Diese Sicherheit ist ihr schon mehrfach zum Verhängnis geworden. Sie hat manche Verfügung der Schulabteilung der Saarregierung zunächst völlig unbeachtet gelassen, da sie ganz stillschweigend ergangen war, bis ihre Wirkungen plötzlich zeigten, wie verhängnisvoll sie den Charakter der deutschen Schule beeinflussten. Und dann ist weiter eines leider nur zu wenig im Saargebiet beachtet worden, daß es nämlich für die Erhaltung der deutschen Schule an der Saar nicht gleichgültig ist, ob um diese Schule die parteipolitischen Leidenschaften entbrennen oder nicht. Etwas weniger parteipolitischer Streit wäre für die deutsche Schule mehr gewesen. Gerade hier hat sich die Wahrheit des Sprichworts erwiesen: Wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte! Und die Saarregierung hat die parteipolitische Empfindlichkeit in der Schulfrage, hat gewisse innere Hemmungen einzelner Parteien in Schul- und Schulpersonalfragen außerordentlich geschickt für ihre Politik auszunützen verstanden. Der Fall du Pasquier ist dafür ein typisches, wenn auch nicht das charakteristischste Beispiel.

Die saarländische Zentrumspartei hat sich am 2. April in einer Parteiausschussung mit der Ernennung du Pasquiers zum Dezernenten der Landesstudienanstalten beschäftigt und in einer Entschlieung auf das energischste gegen diese Ernennung protestiert:

„Herr du Pasquier ist Ausländer, Westschweizer. Einem Ausländer diese wichtigen Anstalten, in denen vor allem der Nachwuchs der Lehrerschaft unserer deutschen Schulen herangebildet wird, anzuvertrauen, halten wir nicht für zulässig. Die Bestimmungen des Versailler Vertrages garantieren die Unverletzlichkeit der deutschen Schulen im Saargebiet. Um so mehr wundern wir uns, daß die Ernennung unmittelbar vor dem Amtsantritt des neuen Unterrichtsministers erfolgt ist.“

Es ist zu hoffen, daß es bei diesem einen Protest nicht bleibt, die „Saarbr. Ztg.“ hält es auch für außer Frage, daß die anderen politischen Parteien einmütig auf den Standpunkt der Zentrumspartei stehen, sich deshalb auch wahrscheinlich dem Protest anschließen werden. Im übrigen fügt sie hinzu, daß die bisherige Funktion des Herrn du Pasquier auch schon ganz danach war, um ihn im Sinne des französischen Kurses der Regierungskommission äußerst geeignet für ein solch einflußreiches Amt, nach der Auffassung der Bevölkerung allerdings völlig ungeeignet erscheinen zu lassen: er hatte für den Fortschritt des französischen Unterrichts in den saarländischen Volksschulen zu sorgen.

Die Ernennung du Pasquiers zum Dezernenten für die Studienanstalten wurde von der „Rheinischen Volks-Ztg.“ mit folgendem bezeichnenden Kommentar versehen:

Durch die Ernennung wird die Leitung der gesamten Ausbildung der Lehrkräfte des Saargebietes in die Hände eines frankophilen Ausländers gelegt. Du Pasquier ist Protestant, und seine Ernennung, die mit Einwilligung des im ganzen Saargebiet zur Genüge bekannten Ministerialdirektors Dr. Kotton, dessen Schulpolitik, wie sich ein Redner in der ersten Sitzung des neuen

Landesrates ausdrückte, auch heute noch eine annehmbare Annexionsgrundlage für Frankreich schaffe, erfolgt ist, bedeutet einen scharfen Vorstoß gegen den konfessionellen Charakter der Volksschule. Diese Ernennung wird nicht verfehlen, im ganzen Saargebiet — namentlich in den Kreisen der Anhänger der konfessionellen Schule — das größte Aufsehen zu erregen.

Aus einer Zuschrift in der „Saarbrücker Ztg.“ scheint hervorzugehen, daß hinter der Ernennung des Vasquiers sich eine besonders zweideutige Politik verbirgt, hinter der nicht allein französische Kreise stehen. Es ergibt sich daraus, was im Saargebiet schon längst kein Geheimnis mehr ist, daß einzelne Personen „deutscher“ Staatsangehörigkeit für das Deutschtum an der Saar eine weit größere Gefahr bedeuten als die französische Politik, soweit sie in dem „Saarbund“ ihren Ausdruck findet. Bedauerlich dabei bleibt, daß es nicht möglich ist, eine Einheitsfront aller politischen Parteien gegen diese Gefahren aufzustellen.

In der Zuschrift der „Saarbrücker Ztg.“ aus Schulkreisen heißt es:

„Wohl keine Partei wird sich den sachlichen Darlegungen des Zentrums verschließen können, daß zum Dezernenten der Landesstudienanstalten, die man rechtserheinlich als deutsche Ober- und Aufbauschulen bezeichnet, kein Ausländer ernannt werden dürfte. Schulen, denen eine bedeutsame Kulturmission überwiesen wird, die sich dem Sondercharakter ihrer deutschen Landschaft anpassen, in ihren Lehrplänen von der Heimat zum Vaterlande und von diesem zur Menschheit ihre Zöglinge führen sollen, bedürfen zur Leitung deutscher Männer. Daß mit der Ernennung des Vasquiers deutsche Gefühle verletzt und von dem geschiedenen Minister Grafen Moltke der Bevölkerung noch ein solcher Schlag verfehrt wurde, berührt doppelt schmerzhaft. Wir erwarten in Schulkreisen zuversichtlich, daß Herr du Vasquier den neuen Herrn Minister bitten wird, ihn von seiner neuen Bürde, die er ohne Vertrauen der Bevölkerung trägt, wieder zu lösen. Zu dieser Hoffnung fühlen wir uns um so mehr bewogen, als wir der Persönlichkeit des Herrn du Vasquier nicht feindlich gegenüberstehen. Herr du Vasquier ist uns als gewissenhafter und tüchtiger Schweizer Pädagoge bekannt, der in seinem nicht leichten Amt die Gefühle seiner Untergebenen nicht verletzt hat, doch als Dezernent für deutsche Kulturaufgaben lehnen wir ihn ab. Wir sind der Ansicht, daß ihn eine Verantwortung für die Propagierung des französischen Unterrichts nicht trifft. Die Kenner der Verhältnisse wissen, daß nicht Herr du Vasquier, der Kabinettschef und Revisor des französischen Unterrichts in der Volksschule, die treibende Kraft ist, die Franzöisierung der Schulen zu beschleunigen, sondern andere wohl bekannte Herren deutscher Abstammung. Ob alle die Verfügungen, welche Herr du Vasquiers Namen tragen, seiner Initiative entsprungen sind, steht außerdem nicht gewiß fest. In den Erörterungen auf den Schulhöfen wurde übrigens unverblümt ausgesprochen, daß mit Herrn du Vasquiers Ernennung Herr Oberschulrat Lichtard getroffen werden sollte, zu dessen Dezernat die Seminare gehören, und die Landesstudienanstalten sind umgewandelte Seminare. Vielleicht erkennt der neue Herr Minister bald, wenn in seinem Stabe die Lehrer auf den Schülern erheben.“

Das sind eben so vielsagende wie traurig stimmende Ausführungen, weil man erfährt, daß die Triebfeder zu dem Hochdruck der Franzöisierung der Schulen Nichtfranzosen sind. Es ist weiterhin bezeichnend, daß zwar ziemlich deutliche Andeutungen gemacht werden, ohne daß man den Schädling mit Namen an den Pranger stellt.

Die französischen Schulen eine Gefahr für das Saar-deutschtum.

In Heiligenwald, wo durch Ueberrumpelung, durch zu große Selbstherrlichkeit der Bevölkerung die französische Schulpropaganda vor etwa Jahresfrist einen besonders starken äußeren Erfolg erzielt hatte, fand Anfang April d. J. eine imposante Zentrumsversammlung statt, aus der ein bedeutender deutscher Geist austrahlte. Als erster Redner sprach Pfarrer Brauner aus Basse, der auf den Feind des Deutschtums an der Westgrenze verwies, der da heißt französischer Kulturgeist und französischer Unglaube. Er erinnerte an die bitteren Erfahrungen, die die Elsaß-Lothringer mit diesem französischen Geist gemacht haben. Wenn Frankreich jetzt im Saargebiet versuche, die französischen Schulen einzuführen, so sei darauf zu verweisen, daß durch sie die deutsche Schule und der christliche Glaube getötet werden solle.

Hierauf sprach Landesratsmitglied und Gewerkschaftssekretär Riefer (Saarbrücken) über die Pflichten des Katholiken im Werksleben, und zwar im politischen, wirtschaftlichen und nationalen Leben. Ueber den letzten Punkt führte er u. a. aus:

Wie man Pflichten gegenüber seiner Familie hat, so auch als Glied einer Volksfamilie gegen diese. Der ist ein Hundstott, der in den Tagen der Not sich der Volksfamilie entzieht und nicht teilnimmt an der Not des Ganzen. Als Christ sind wir verpflichtet zur Treue. Die nationale Volksfamilie steht uns näher als der Internationalismus. Das nationale Hemd ist uns näher als der internationale Rock. Wer seiner eigenen Volksfamilie nicht helfen kann, der kann auch andern nicht helfen. Wenn es dem eigenen Volk national gut geht, dann kann es nachher auch international wirken. Das ist kein Nationalismus und Chauvinismus. Wenn wir national sagen, dann verstehen wir es so, daß wir in unserm Handeln alles unterlassen, was das Volksganze schädigen könnte, und das ist mit Opfern verbunden. Gerade in einem Gebiet, wo das Volksganze gefährdet ist, sind wir besonders als Katholiken verpflichtet, das besonders zum Ausdruck zu bringen. Die Marianne hat einen Blick auf das Saargebiet geworfen. Die reiche Braut Sarrois wird viel umworben. Und wenn 1935 der Ehebund geschlossen werden sollte, dann wird man bald die vor der Ehe gemachten schönen Versprechungen vergessen haben und dann wird es bald keine deutschen Landjäger und Bürgermeister mehr geben und die Lehrer sind Stadtfranzosen, die dann im Saargebiet herrschen werden.

Die Treue war nicht stark genug vorhanden, als die französische Schule in Heiligenwald aufgetan wurde. Der Direktor Masing ist ein ganz gewiegter Politiker und er wußte, wie er die Menschen einfließen konnte. Wenn alle als wahrhafte Christen zusammengestanden hätten, dann hätte die französische Schule hier nicht ein solches Ausmaß nehmen können. Man hat damals ein Stück christlicher Standhaftigkeit und katholischer Treue preisgegeben. Ihr Heiligenwalder Katholiken! Der Mut der ersten Christen muß im Saargebiet wieder einziehen, dann gibt es keine französische Schule, dann gibt es keinen Saarbund mit seiner Parole: „Das Saarland den Saarländern“. Das Saarland den Deutschen, das ist die Parole, zu der wir verpflichtet sind auf Grund unseres katholischen Glaubens. Ihr katholischen Eltern habt die Pflicht, deutsches Gut in den Kinderherzen zu pflegen, zu wecken und groß zu ziehen. Das ist nur Christen- und Elternpflicht. Dazu seid ihr verpflichtet vor Gott, vor der Geschichte und vor dem deutschen Volke. Die französischen Schulen hat man nicht errichtet aus Liebe zu den Saarbergleuten. Wenn diese Liebe bestände, dann könnte man auch andererseits teilnehmen lassen an den Gewinnen der Gruben. Die französischen Schulen sind ein Ladmittel, man will die Seelen unserer werdenden Jugend für sich gewinnen.

Es ist erfreulich, daß Herr Riefer diese rückhaltlosen eindringlichen Worte sprach, daß er aussprach, was verkannt wurde seinerzeit, und was not tut, damit sich dieser Vorgang von Heiligenwald nicht wiederholt. Nur durch solche Offenheit, durch das freimütige Eingeständnis der Fehler, die gemacht wurden, auch bei dem übrigen Teil der Bevölkerung, bei den verschiedenen deutschen Parteien des Saargebiets — und des übrigen Deutschland — kann das deutsche Gewissen geweckt, geschärft, können ähnliche Fehler vermieden werden. Das hat Herr Riefer mit mutiger, erfrischender Deutlichkeit gesagt.

Wer Ohren hat zu hören, der höre!

Französische Schule und wirtschaftlicher Druck.

Die unter der Regierung des Völkerbundes seit vier Jahren geduldete Franzöisierungspolitik in den Volksschulen des Saargebiets wird immer wieder zum Gegenstand heftiger Proteste der Bevölkerung. Entgegen dem Versailler Vertrag, der französische Schulen nur für das französische Grubenpersonal vorsteht, versucht man mit allen Mitteln, deutsche Kinder zum Besuch der französischen Schulen zu zwingen. Ein neues Beispiel hierfür bringt eine Saarzeitung. Einem verheirateten Bergmann, der seine Kinder aus der französischen Schule genommen hatte, um sie wieder in die deutsche Schule zu schicken, wurde mit Entlassung und Vertreibung aus der Werkswohnung gedroht, wenn er seine Maßnahme nicht rückgängig mache. Auf der anderen Seite versucht man, durch kostenfreie Lieferung der Verbmittel und andere wirtschaftliche Vorteile die schwer um ihre Existenz kämpfende Bergarbeiterbevölkerung des Saargebietes willfährig zu machen. Wie die Bevölkerung hierüber denkt, sagt treffend das Wort eines Bergmannes:

„Laßt die Franzosen Schulen bauen von den Arbeiterlöhnen der Bergleute; doch vor leeren Bänken sollen sie unterrichten. Der Völkerbund wird an diesen vertragswidrigen Zuständen nicht länger achtlos verübergehen dürfen.“

Amtsantritt des neuen Kultusministers.

Das in der letzten Völkerbundsratsitzung gewählte neue Mitglied der Regierungskommission, Herr Espinosa de los Monteros, ist am 3. April aus seiner spanischen Heimat in Saarbrücken eingetroffen. Er ist bekanntlich Nachfolger des Renngrafen Moltke-Huitfeldt, der sich wieder ständig in Paris niederläßt, wo er seinen besonderen Neigungen ungehindert nachgehen kann.

Das neue Mitglied der Saarregierung wird man erst einige Zeit arbeiten lassen müssen, um beurteilen zu können, daß er sich lediglich leiten lassen will von den Aufgaben, die der Völkerbund ihm statutenmäßig für das Saargebiet vorschreibt, oder ob er sich ebenfalls abhängig machen will von dem französischen Präsidenten. Die ersten Verordnungen, die unter seiner Verantwortung ergangen sind und den alten Geist der Französisierungsabsicht tragen, können ihm noch nicht zur Last geschrieben werden. Es spricht aus ihnen nur die treibende Kraft, die gerade hinter den Schulmaßnahmen steht; er wird zu beweisen haben, daß er sich von dieser Kraft freimachen will und freimachen kann.

Zum Wechsel im saarländischen Kultusministerium

Schreibt die Saarbr. Ztg. folgendes:

Graf Moltke-Huitfeldt, dem innerhalb der Regierungskommission die Abteilung für Kultus und Unterricht unterstellt ist, tritt mit dem 1. April von seinem Amte zurück. Im Gegensatz zu seinem Kollegen Waugh, dem bei seinem Scheiden die herzlichste Anerkennung der Saarbevölkerung für sein sachliches Wirken zum Ausdruck gebracht wurde, wird Moltke-Huitfeldt hier wohl wenig Sympathien hinterlassen. Zu einer Fühlungnahme zwischen ihm und der Saarbevölkerung ist es nicht gekommen; es lag ihm wohl auch nichts daran, eine solche Fühlungnahme herzustellen. So wird man ihn ohne Bedauern scheiden sehen, zumal auch seine Politik zu starken Beanstandungen den Anlaß gegeben hat.

Der Friedensvertrag garantiert dem Saargebiet den Fortbestand seiner Schule und seines Bildungswesens. Die rein deutsche Bevölkerung wünscht kulturell in Fühlung mit dem angestammten größeren Heimatlande zu bleiben und das Programm der Reichsschulkonferenz auch an der Saar verwirklicht zu sehen. Graf Moltke tat nicht nur nichts, um die Fäden aufrecht zu erhalten, sondern er erschwerte die Verbindungen, verhinderte Vorträge namhafter rechtsrheinischer Pädagogen und Gelehrter, so z. B. Reins, und hemmte die Freudigkeit der Kreise, deren Opferwilligkeit die deutsche Schule ihren Aufschwung verdankt. Er entäußerte die Lehrerschaft, die angemessene Besoldung und Hebung ihres Standes durch Förderung der Lehrerbildung nach ihren Wünschen ersehnte, und duldete, daß das Schiffslein seiner Abteilung immer mehr und mehr in ein Jahrawasser gelangte, das als ein fortschrittliches nicht zu betrachten ist.

Mit Unwillen verfolgte die Bevölkerung die Auslegung der Friedensparagrafen bezüglich der Schule, sowie die Französisierungsbemühungen durch die sich jagenden Verfügungen über den französischen Unterricht, die Einsetzung eines Landfremden als Schulrevisor, nicht zuletzt die Bemühungen des Grafen Moltke in Rom, die so strenggläubige, an ihren alten Einrichtungen treu festhaltende katholische Bevölkerung kirchlich von den Bischöfen in Trier und Speyer loszulösen.

Gegen keine Abteilung der Regierungskommission hat sich seitens der Bevölkerung so einheitlich der Widerspruch geltend gemacht, wie gegen die Schulabteilung, und die Ansicht ist vielfach verbreitet, daß die berüchtigte Notverordnung, welche Entrüstung in der gesamten gebildeten Welt hervorgerufen hat, wesentlich zum Ziele hatte, diese Opposition zu unterdrücken. Wie einst in Preußen durch das Sozialistengesetz, sollte im Saargebiet durch Staatsgewalt eine Opposition mundtot gemacht werden, welche die Fortentwicklung im Geiste der Zeit vertrat, gegen Reaktion und autoritäre Gelüste sich wandte und offenbare Fehler bloßstellte. Graf Moltke suchte keine Fühlung mit der Opposition; die starke Bewegung im ganzen Volke bewog ihn nicht, seine Stellung als Vertrauensmann des Völkerbundes, der die Wohlfahrt der Saargebetsbevölkerung zu fördern verpflichtet ist, über den Parteien zu wahren und Gegensätze auszugleichen. Die Verordnungen der Schulabteilung riefen in der Bevölkerung immer aufs neue Unzufriedenheit und Erregung hervor, und die Kritik des Auslandes steht durchaus auf der Seite der Opposition. Keine Abteilung der Regierungskommission stand so wenig in Fühlung mit der Bevölkerung und deren erwählten Vertretern, wie die Abteilung für Kultus und Unterricht, keine steht aber auch mit eigenen Verfügungen zuweilen so im Widerspruch wie sie.

Durch die Annahme der Demission des Grafen Moltke-Huitfeldt hat sich der Völkerbundsrat von einem System abgewandt, das hier schon längst verurteilt worden ist. Von Bedeutung ist nunmehr die Frage, welche Mitarbeiter der neue Minister berufen wird. Wenn Graf Moltke auch verantwortlich seine Verfügungen gezeichnet hat, so weiß man doch, wer ihn beraten und vielfach geleitet und damit die berechtigten Proteste der Bevölkerung hervorgerufen hat. Kann ein neuer Minister, wenn ihm an dem Vertrauen der Bevölkerung gelegen ist, mit dem alten Stabe seines Vorgängers weiterarbeiten, in dem man die Ursache des mangelnden Vertrauens mit zu erblicken hat? Hier wäre dringend zu wünschen, daß der Nachfolger des Grafen Moltke-Huitfeldt die Fühlungnahme mit den gewählten Vertretern der Saarbevölkerung nicht von der Hand weist, um die Grundlage zu einer gedeihlichen Arbeit, zur Herstellung des gegenseitigen Vertrauens zu finden. Ein Einblick in die altentworfene vorliegenden vielfachen Klagen und Beschwerden, die eine befriedigende Erledigung nicht gefunden haben, wird den Weg zeigen, um dem Saargebiet den Frieden und die ruhige Entwicklung in seiner wichtigsten Kulturausgabe zu sichern. Wer nicht fühlt, daß gerade in der Abteilung für Kultus und Unterricht die Entwicklung von innen heraus, aus der Tiefe des Bedürfnisses und der Strömung der Zeit entsprechend, sich gestalten muß, verkennet das hohe Ethos, das in freudiger Mitarbeit und dem Vertrauen des Volkes zu seiner Leitung liegt.

Kindergärtnerinnen-Seminar und Regierungskommission.

Vor etwa zehn Jahren wurde in der Stadt Saarbrücken ein Kindergärtnerinnen-Seminar als städtische Anstalt ins Leben gerufen, um einem fühlbaren Bedürfnis abzuhelfen und ein wichtiges Gebiet weiblicher Betätigung besser zu erschließen. Leider ließen mangelnde Raumverhältnisse und ungenügende Mittel die Anstalt nicht so zur Entfaltung kommen, wie es zur Erreichung des gesteckten Zieles notwendig gewesen wäre, so daß die Schülerzahl ständig abnahm und zu Ostern 1923 auf einem Mindestmaß angelangt war. Es war daher eine durchaus einsichtige und erfreuliche Handlung der Verwaltung und der Stadtverordnetenversammlung, die im Auguste-Viktoria-Opzeum untergebrachte Anstalt mit diesem Zeitpunkt nach der Mittelschule zu verlegen, wo die Vorbedingungen zu einer neuen erspriesslichen Entwicklung in reichem Maße vorhanden schienen. Diese Auffassung hat auch nicht getrogen, denn nach der Verlegung ist die Anstalt mächtig aufgeblüht und hat damit in der verhältnismäßig kurzen Zeit eine bemerkenswerte Leistung zu vollbringen verstanden. Dabei ist keine wesentliche Änderung der inneren Schulstruktur vorgenommen worden, denn die Anstalt brachte bei der Verlegung die alten Lehrkräfte aus dem Auguste-Viktoria-Opzeum mit.

Zur größten Ueberraschung der Schülerinnen, der Eltern und wohl auch der Schul- und Stadtverwaltung hat es nun die Kultusabteilung der Regierungskommission abgelehnt, die Schlußprüfung vorzunehmen, weil — die Stadt Saarbrücken die Verlegung der (städtischen!) Schule aus dem Auguste-Viktoria-Opzeum nach der Mittelschule ohne Genehmigung der Regierungskommission vorgenommen habe! Hier handelt es sich um die erste Amtshandlung des neuen Kultusministers, für die er aber wohl kaum verantwortlich ist; vielmehr dürften andere Kräfte aus der Zeit des Herrn Moltke dahinter stehen. Es scheint aber, daß mit dieser Frage eine andere, grundsätzliche aufgeworfen werden sollte, die Frage nämlich, ob die Nichtanerkennung dieser städtischen Anstalt ein Schritt sein soll zu der gewünschten Verstaatlichung des gesamten Schulwesens im Saargebiet. Wenn die Regierungskommission einer städtischen Schule die Existenzgrundlage entzieht unter Angabe von Gründen, die in keiner Weise stichhaltig sind und, weil das Wohl vieler Schülerinnen dabei auf dem Spiele steht, auch nicht stichhaltig sein dürfen, dann drängt sich diese Frage von selbst auf. Es ist zu hoffen, daß Herr Espinosa nach Kenntnisnahme der tatsächlichen Sachlage, die zweifellos auch die Motive seiner Ratgeber entschleiern wird, den Entschluß rückgängig macht und die Schlußprüfung in der üblichen Form genehmigt. Sollte er sich hierzu nicht entschließen, dann würde deutlich, daß er entweder nicht gewillt oder nicht in der Lage ist, ein System zu ändern, das darauf angelegt ist, die Schule des Saargebiets völlig dem saar-deutschen Einfluß zu entziehen.

Landvolke, sorgt dafür, daß in der Hitze des Parteikampfes die heilige gemeinsame Front deutscher Abwehr nicht angetastet wird.

Ein neuer Schlag der Saarregierung gegen das Selbstbestimmungsrecht an der Saar.

Von Richard Vosselt

Soeben meldet der Draht, der Verwaltungsausschuss für das Saargebiet habe dem Einspruch des französischen „Saarbundes“ und der sogen. Schmollpartei (Haus- und Grundbesitzer) gegen die Gültigkeit der am 27. Januar d. J. stattgefundenen Landesratswahlen insofern stattgegeben, als er den größten Teil der kombinierten Stimmzettel für ungültig erklärte.

Um diese Entscheidung des Verwaltungsausschusses zu verstehen, muß man sich die Vorgänge vor den Wahlen ins Gedächtnis zurückrufen. Die ersten Landesratswahlen im Jahre 1922 fanden unter dem gebundenen Listenwahlssystem statt. Die Wahlordnung gewährte jedoch nur solchen Personen das passive Wahlrecht, die im Saargebiet selbst geboren sind und verweilte allen Personen, die seit Jahrzehnten im Saargebiet ansässig und im saarländischen Wirtschafts- oder kulturellen Leben führend sind, dieses Wahlrecht, während das aktive Wahlrecht allen „Saareinwohnern“ zustand, d. h. allen neu Zugezogenen, sofern sie die Vorbedingungen zur Erlangung der „Saareinwohnerschaft“ erfüllten. Hierzu gehörte nichts weiter, als daß sie den Nachweis erbrachten, daß sie mindestens 1 Jahr im Saargebiet ein öffentliches Amt bekleideten oder eine andere Stellung im Saargebiet innehaben, die erfordert, daß sie ihre Hauptniederlassung im Saargebiet haben (Artikel 3 der Verordnung betr. die Eigenschaft als Saareinwohner vom 15. Juni 1921). Da allen neu zuziehenden Reichsdeutschen fast ausnahmslos die Erwerbung der „Saareinwohnerschaft“ praktisch dadurch unmöglich gemacht wird, daß ihnen die Aufenthaltserlaubnis nicht erteilt wird, so bedeutet die angezogene Verordnung in ihren Auswirkungen nichts anderes, als die bevorzugte Erteilung des aktiven Wahlrechts an alle zuziehenden Franzosen unter gleichzeitiger Beschränkung des passiven Wahlrechts für zahlreiche Deutschen im Saargebiet.

Diese besonders raffiniert ausgeklügelten Bestimmungen der Wahlordnung für den Landesrat richteten sich also gegen alle deutschen Führer des Saargebiets, soweit sie nicht dort geboren sind; die Regierungskommission hoffte zweifellos, dadurch die politischen Parteien der besten Kräfte und Führer im Landesrat zu berauben. Besonders die Hauptführer der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften aller Richtungen, namhafte Führer der Saarwirtschaft hielt die Saarregierung durch diese Wahlordnung aus dem Landesrat fern.

Aber trotz dieser Maßnahmen zeigte sich der Landesrat so außerordentlich aktiv, daß er der Saarregierung durch seine verschiedenen ausgezeichneten Denkschriften an den Völkerbund, durch seine wiederholten treudeutschen Erklärungen unangenehm auf die Nerven fiel. Auch in Paris mißfiel die deutsche Haltung des Saarländischen Landesrats, was in verschiedenen heftigen Ausfällen der französischen Regierungspresse gegen den Landesrat zum Ausdruck kam.

Um diesem „Uebelstand“ abzuhelfen, schuf die Regierungskommission eine neue Wahlordnung, nach welcher die Wahl zum Landesrat in freier Listenwahl zu erfolgen hat. Diese Verordnung wurde ohne jegliche Fühlungnahme mit den politischen Parteien oder den Fraktionen des Landesrats erlassen, und zwar so kurz vor den Wahlen, daß die Parteien keine Zeit und Gelegenheit fanden, sich auf die veränderten Verhältnisse einzustellen. Artikel 2 der Verordnung besagt wörtlich:

„Die Wähler sind berechtigt, die auf den Stimmzetteln ursprünglich eingetragenen Namen zu streichen und durch Bewerber zu ersetzen, deren Namen in einem anderen zugelassenen Wahlvorschlages genannt werden.“

Darüber hinaus aber macht die Verordnung der Regierungskommission jede Korrektur des Wahlergebnisses dadurch unmöglich, daß sie in Art. 3 Abs. 2 bestimmt:

„Ist ein Bewerber nicht vorhanden oder lehnt ein gewählter Bewerber die Wahl ab oder scheidet er nachträglich aus, so bleibt der Sitz unbesetzt.“

Die Tendenz dieser Bestimmungen ist, wer die Verhältnisse an der Saar nur einigermaßen kennt, so klar und eindeutig, daß man nur über das eine sich wundern muß, daß nämlich die Regierungskommission des Saargebiets als Vertreterin des Völkerbundes es wagt, die Absicht zur Korruption und zur Verhöhnung der Demokratie in die Form einer Verordnung zu kleiden, ihr also Rechtskraft zu geben. Denn man muß beachten, daß die Regierungskommission nicht etwa aus besonders weitgehenden demokratischen Empfindungen heraus diese Bestimmungen ausgeklobelt hat, sondern sie hat die Erfahrungen aus der Vergangenheit benutzt, um auf diesem Wege der freien Listenwahl und der Festlegung

der ursprünglich Gewählten in Verbindung mit französischen Streichkolonnen den Landesrat kopflos, führerlos, zu einem willenlosen Werkzeug der Saarregierung, zu einem tonlosen Instrument zu machen.

Die Regierungskommission kalkuliert so: Die Disziplin innerhalb der Parteien läßt es als wahrscheinlich gelten, daß die an der Spitze der Parteilisten stehenden Kandidaten als gewählt aus der Wahl hervorgehen; das Bild verändert sich, wenn nur einige hundert Streichungen unter den Spitzenkandidaten vorgenommen werden. Dem französischen „Saarbund“ und seinen Hinterleuten ist es demnach ein leichtes, durch entsprechende Streichungen auf den Stimmzetteln der deutschen Parteien die Führer zu Fall zu bringen und an ihre Stellen Personen in den Vordergrund zu schieben, die, wie bei allen Wahlen und Parteien, lediglich als Statisten gelten, ohne daß man ernsthaft an ihre Wahl denkt. Dadurch, daß es durch den erwähnten Abzug des Artikels 3 unmöglich gemacht wird, durch Ablehnung der Wahl oder nachträgliches Ausscheiden solcher Gewählten den durch Streichungen durchgefallenen Köpfen der Parteien den Weg frei zu machen, wird tatsächlich das oben gekennzeichnete Ziel erreicht, nämlich den Landesrat zu völliger Bedeutungslosigkeit herabzudrücken.

Um diese Absicht zu durchkreuzen, kamen die Zentrums- und die Deutsch-saarländische Volkspartei (Vereinigte demokratische und deutsche Volkspartei) überein, auf Grund des Artikels 2 der Wahlverordnung gemeinsame kombinierte Stimmzettel herzustellen, die die Hauptführer dieser Parteien enthielten. Dadurch wurde erreicht, daß alle namhaften Köpfe der Parteien, soweit sie sich rückhaltlos auf den deutschen Standpunkt stellen, gewählt wurden, zu einer helligen Genugtuung der deutschen Parteien und der gesamten Saarbevölkerung, aber zur größten Enttäuschung der Saarregierung und aller Französlinge im Saargebiet und zum größten Entsetzen in Paris.

Es ist überaus bezeichnend für die enge Zusammenarbeit, die zwischen Regierungskommission und französischem „Saarbund“ besteht, daß die Saarregierung, obwohl sie sonst bei allen Beigeordneten- oder Bürgermeisterwahlen ihr Veto einlegt, sobald ihr die politische Auffassung des Betreffenden nicht zusagt, die Landesratswahl nicht beanstandete, die Anfechtung der Wahl vielmehr dem „Saarbund“ überließ. Sie will damit nach außen hin den Anschein erwecken, als sei ihr die Zusammensetzung des Landesrats völlig gleichgültig, obwohl doch ihre Wahlvorbereitungen gerade das Gegenteil beweisen.

Ueberraschend ist die Entscheidung des Verwaltungsausschusses; es muß jedoch erst die Begründung dieser Entscheidung vorliegen, um endgültig dazu Stellung nehmen zu können. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten hat dieser Ausschuss „den größten Teil der kombinierten Stimmzettel für ungültig erklärt“. Daraus folger, daß er einen anderen Teil kombinierter Stimmzettel unbeanstandet läßt. Es wäre verständlich, wenn der Verwaltungsausschuss sämtliche kombinierten Stimmzettel kassiert hätte — dann hätte er allerdings die Rechtungültigkeit des Artikels 2 und damit der ganzen Verordnung der Regierungskommission vom 22. Dezember 1923 aussprechen müssen. Denn der angeführte Artikel 2 läßt die Verwendung kombinierter Stimmzettel zu, gibt sogar die Anweisung dafür; er läßt Streichungen von Namen und deren Ersetzung durch Namen anderer zugelassener Wahlvorschlages zu.

Welches ist nun das Merkmal eines zulässigen und eines unzulässigen kombinierten Stimmzettels? Diese Frage wird der Verwaltungsausschuss klipp und klar zu beantworten haben, will er sich nicht dem Verdacht aussetzen, daß er seine Entscheidung in demselben Geiste getroffen hat, in welchem die Verordnung der Regierungskommission abgefaßt wurde. Darüber besteht bei keiner deutschen Partei des Saargebiets — mit Ausnahme beim Franzosenbund bei der Schmollpartei — ein Meinungsunterschied, daß die Verwendung kombinierter Stimmzettel, wie sie der Artikel 2 der Wahlordnung andeutet, zum mindesten unkorrekt ist, sie halten die ganze Wahlverordnung im höchsten Grade für unmoralisch und undemokratisch, weil sie an die unsauberen, hinterlistigen Instinkte gewisser Kreaturen appelliert, die nicht auf Ueberzeugung, sondern aus schmutzigem Eigennutz ihre Maulwurfsarbeit als „Politik“ betreiben. Sämtliche politischen deutschen Parteien haben gegen die Einführung der freien Listenwahl protestiert, weil sie die politische Willensmeinung der einzelnen Wähler geschützt wissen

wollten gegen die Teufelsarbeit politischer Intrige und Unwahrheit. Weil aber diese Proteste ohne Erfolg blieben, deshalb sahen sich die deutschen Parteien zur Abwehr französischer Anschläge zu denselben Maßnahmen veranlaßt, die zwischen Regierungskommission und „Saarbund“ mit Augurenlächeln ausgeflügelt worden waren. Weil die Pfeile, die auf die deutschen Parteien abgeschossen wurden, auf die Teufelschützen zurückprallten, deshalb rief man den Verwaltungsausschuß an.

Es mag ihm nicht leicht gewesen sein, seine Entscheidung zu treffen, da ihm die Absichten der Regierungskommission, die sie mit der fraglichen Verordnung befolgte, bekannt waren. Er hat eine Entscheidung gefällt, die Kopfschütteln und Empörung auslösen wird und muß. Nicht das ist das Entscheidende dabei, daß er einen Teil der kombinierten Stimmzettel kassierte, sondern daß er, wenn er hier eine Unkorrektheit feststellen zu müssen glaubte, nicht die ganze Wahl für ungültig erklärte. So aber ließ seine Entscheidung sehr danach aus, als sollte nachträglich noch die Absicht der Saarregierung erreicht werden, nämlich die eigentlichen Führer der Landesratsparteien und damit der Saargebietsbewölkerung aus dem Landesrat zu entfernen. Es ist auch möglich, daß durch eine solche Entscheidung dem „Saarbund“ nachträglich ein unverdienter „Erfolgserfolg“ verschafft werden soll. Darüber wird noch zu sprechen sein, wenn nähere Unterlagen über die Begründung der Entscheidung des Verwaltungsausschusses vorliegen.

Wenn die Entscheidung des Verwaltungsausschusses tatsächlich in dem mitgeteilten Sinne gefallen sein sollte, dann sollte es für alle deutschen Parteien nur eine Antwort geben: Niederlegung sämtlicher Mandate zur Erzwingung von Neuwahlen und Appell an den Völkerbund zur Abänderung der Wahlordnung, damit die deutschen Parteien und die Bevölkerung vor Anschlägen land- und völkersfremder Kreaturen auf den Volkswillen gesichert sind.

✱

Saarbund, Besatzungsbehörde und Internationales Arbeitsamt.

Wertwürdige Beziehungen scheinen zwischen dem „Saarbund“, der bekannten von französischem Gelde gegründeten und unterstützten gelben Bewegung im Saargebiet, und den Besatzungsbehörden im Rheinland zu bestehen. Um diesem französischen Propagandagebilde im Saargebiet die ihm noch heute dank des gesunden Sinnes der Saararbeiterschaft fehlenden Mitglieder zuzuführen, treten die Agitatoren dieser „Saargewerkschaft“ an die Saar-Eisenbahner heran, von denen Angehörige anlässlich des passiven Widerstandes aus den besetzten Gebieten ausgewiesen wurden, um sie zu veranlassen, sich in den „Saarbund“ aufnehmen zu lassen. Die Saar-Eisenbahner belägen dann einen Ausweis, mit dem sie sich zu dem betreffenden Bezirksbelegierten im besetzten Gebiet begeben müßten, um zu erreichen, daß ihren Angehörigen die Rückkehr in das besetzte Gebiet gestattet wird.

Bei der Besetzung des Ruhrgebietes hatte bekanntlich die Regierungskommission des Saargebietes den Bergbaupräsidenten Franken den Einbruchsmächten zur Verfügung gestellt. Auf Beschwerde der politischen Parteien des Saargebietes mußte Franken aus dem Dienst der Saarregierung entlassen werden. Nun scheint der „Saarbund“ mit den Besatzungsbehörden die Verbindung aufgenommen zu haben. Es wäre interessant, die Stellung des Internationalen Arbeitsamtes zu dieser Tätigkeit des gelben „Saarbundes“ festzustellen. Bekanntlich lehnt das Internationale Arbeitsamt die gelben Organisationen ab. Da das Saargebiet Schutzgebiet des Völkerbundes ist, wäre schon aus diesem Grunde der unmoralische Zwang, den diese Propagandatätigkeit des Saarbundes darstellt, zu unterbinden.

Aufruf.

Seid einig!

Das deutsche Volk ist aufgerufen worden, verfassungsmäßig aus eigener Kraft durch Neuwahlen über sein Schicksal zu bestimmen. Es ringt um sein Dasein; es zermartert sich mit inneren Streitigkeiten in der Sehnsucht nach dem Wiederaufbau eines gesunden Staates, der gleichberechtigt unter den übrigen Nationen stehen soll. Die Einigkeit ist der Grundstein, der Wille zur Freiheit ist der Strebefeuiler, die den Bau des neuen Reiches tragen müssen. Recht, Einigkeit und Freiheit — dieser Dreiklang ist der Ausdruck unserer Zukunftshoffnungen.

Die deutsche Gegenwart erlebt so Schweres, wie keine Zeit unserer wechselvollen Geschichte. Aber das Leiden des unbesetzten Deutschlands ist nur ein schwaches Abbild der

Qualen des besetzten Gebietes. Am Rhein, an der Mosel, an der Saar und an der Ruhr, in der Pfalz und auf dem Hunsrück, im Taunus, auf dem Westerwald und in der Eifel dulden Frauen und Männer unseres Blutes länger als fünf Jahre, und es ist kein Ende abzusehen ihrer Leiden. Aber ungebrochen, ungebeugt lebt in ihnen der heilige Wille, deutsch zu bleiben, wie sie deutsch gewesen sind vor der schmachvollen Fremdherrschaft.

Ein Vorbild ist ihr Dulden, Harren, Kämpfen; ein Muster unverbrüchlicher Treue. Dort ist, an Rhein, Saar und Ruhr, die Volksgemeinschaft, die so viel gerufene, zur Wirklichkeit und Tat geworden. Kein Hader der Konfessionen, kein Zank der Parteien, kein Klassenkampf verdrängt das Gefühl der unauflöslichen Verbundenheit im Kampf gegen sonderbündlerischen Hochverrat und französisch-belgische Verwelschung. Am Rhein ist der Hort der deutschen Einheit!

Nach dem heiligen Strom, der von den Gletschern der Alpen bis zum Meere durch Gaue deutscher Sprachgemeinschaft rauscht, drängt das Sehnen unserer Herzen. Um ihn hat die Sage, die Dichtung, die Phantasie jedes einzelnen die feinen Fäden gesponnen, die die deutsche Seele mit ihm zusammenbindet. Wird Vater Rhein genannt, dann pulst das Blut uns rascher durch die Adern. Der Stolz auf Deutschlands Strom ist der Träger unserer vaterländischen Kultur. Aus dem Grenzland des Westens springt die Quelle unserer gewerblichen Kraft.

Von der rebenbedeckten Pfalz bis zu den Hochöfen Westfalens, von der Saar zur Ruhr streckt sich die Verteidigungsstellung deutschen Lebens gegen den imperialistischen Eroberungsdrang Frankreichs. In dieser großen Linie und hinter ihr steht das ganze Volk in Front um die Behauptung seiner Wesenheit. Mit dem Blick auf diese Front, mit dem eisernen Willen, in sie keine Bresche legen zu lassen, kämpft es um seine Gegenwart, ringt es um seine Zukunft.

Die Leiden des Rheines rufen euch: Seid einig! Denkt doch daran, daß euch die Treue des besetzten Gebietes zur Racheiferung verpflichtet! Drängt das zurück, was euch verbittert und vergiftet. Und haltet euch vor Augen, daß auch der Wahlkampf nur dem Zweck dienen darf, dem deutschen Volk den Weg zu öffnen, auf dem es frei zu werden vermag mit allen seinen Gliedern. Unser ist das Land an Rhein, Ruhr und Saar, und unser soll es bleiben.

Was wir ererbt von unseren Vätern haben, wir wollen es an Kind und Kindeskind vererben.

Das sei der heilige Gedanke, der diesen Wahlkampf reinigt; das sei das hohe Ziel, nach dem zu streben für jegliche Partei vaterländische Pflicht sein muß im täglichen Gedenken, daß

Deutschlands Strom, der Rhein, nicht
Deutschlands Grenze ist.

Deutscher Rhein E. V.:

Dr. Jarres, 1. Vorsitzender.

Prof. Stein, Geschäftsführender Vorsitzender.

Reichsverband der Rheinländer:

Präsident Kaufmann. Alsdner, Geschäftsführer.

Die westfälischen Heimatverbände:

Hartort, Fabrikbesitzer. Degener.

Bund Saar-Berein:

Oberlandesgerichtsrat Andres. Verwaltungsdirektor Bogel.

Verein der Pfälzer.

Deutscher Eintracht

schützt Rhein, Ruhr und Rufe.

Die Entwicklung der örtlichen Gendarmerie.

Brief des Präsidenten der Regierungskommission vom 15. Februar 1924 an den Generalsekretär des Völkerbundes.

In unserer letzten Nummer haben wir den wesentlichen Inhalt des Briefes wiedergegeben, den der Präsident Rault an den Generalsekretär des Völkerbundes in der Frage des Ausbaues der örtlichen Gendarmerie gerichtet hat. Wir hatten es für notwendig, diesen außerordentlich charakteristischen Brief als Dokument französischer Sabotage der Versailler Bestimmungen und völkerbündlicher Anordnungen im Wortlaut wiederzugeben. Wir sind überzeugt, daß auf diesen Brief wiederholt zurückzukommen sein wird. Er lautet wie folgt:

Herr Generalsekretär!

Der Völkerbundsrat hat in seinen Sitzungen vom 23. April und 7. Juli 1923 die Regierungskommission des Saargebietes aufgefordert, ihm vor Annahme des Voranschlages für den Haushaltsplan 1924/25, ein Programm zur Wiederaufrichtung der örtlichen Gendarmerie für die korrespondierende Zeit vorzulegen.

Im Verfolg dieser Forderung hat der Präsident der Regierungskommission in der Sitzung vom 12. Februar 1924 der Regierungskommission folgenden Bericht und folgende Vorschläge unterbreitet.

Die Regierungskommission hat dem Völkerbund in seiner nächsten Sitzung — der letzten vor Abstimmung über den Haushaltsplan für 1924 — einen Entwurf über die Wiederaufrichtung der örtlichen Polizei zu unterbreiten. Vorliegender Bericht hat einen Entwurf dieses Programmes zum Gegenstand. Zunächst ist es nötig,

den gegenwärtigen Stand

der örtlichen Gendarmerie kurz zu skizzieren.

Die Gendarmerie des Saargebietes besteht aus zwei Elementen:

1. aus Gendarmen, die in kleinen Gruppen zu je zwei bis vier Einheiten in Gemeinden und wichtigen Verkehrspunkten stationiert sind. Ihre Aufgabe besteht darin, die staatliche und kommunale (administrative) Polizei als Gehilfen der Landräte, Bürgermeister und Gerichte zu unterstützen. Aus diesem Grunde kann man sie auch Landjäger nennen. Sie setzen sich teilweise aus preussischen und bayerischen Polizisten zusammen, die diese Stelle schon vor Amtsantritt der Regierungskommission inne hatten; 2. aus einer Polizei (mobile Gendarmerie), die als öffentliche Gewalt der Regierungskommission zur Verfügung steht und berufen ist, jederzeit und im vollen Umfange der ihr zur Verfügung stehenden Mittel, die Ruhe und Ordnung sicherzustellen.

Diese Einteilung in Landjäger und Polizei und die Zuteilung ihrer Befugnisse ist in der Ordonnanz vom 7. Juli 1920 veröffentlicht (Amtsblatt 1920 Nr. 99 und 100, Seite 38 und 39).

Diesen Anordnungen wurde unmittelbar Folge geleistet. Einestells wurden die Landjäger in 115 Einheiten eingeteilt; andererseits bildete ein Korps von 30 Mann den Kern der Polizeitruppe. Auf ihre Auslese wurde besondere Sorgfalt angewandt, da von ihnen die zukünftige Entwicklung des Korps abhängt.

Im Etat von 1920 ist ein Kredit von 669 118 Franken und 889 250 Mark für die Besoldung und Unterhaltung dieser örtlichen Polizei vorgesehen.

Im Jahre 1922 wurde in Saarbrücken eine Gendarmerieschule gegründet, die sich mit der notwendigen Spezialausbildung der Rekruten befaßt und Unteroffiziere heranbildet, die in die neuen Kontingente eingereiht werden sollen. 1921 und 1922 wurden die Landjäger verstärkt. So belief sich am 31. Dezember 1922 die Gesamtstärke der Gendarmerie des Saargebietes auf 155 Einheiten, gleichzeitig erhöhte sich der im Etat vorgesehene Kredit auf 1 180 150 Franken und 734 000 Mark. 1923/24 verordnet die Regierungskommission eine

Vermehrung der Gendarmerie

um 200 Mann, von denen 25 beritten sein sollten. Von diesem Beschluß und von der Art, wie sie verwendet werden sollten, wurde der Völkerbund am 8. März 1923 (J. O. de la Société des Nations, IVième année Nr. 4, April 1923, Seite 424) in Kenntnis gesetzt. Dieses Programm wurde auf das genaueste verwirklicht. Die Gesamtstärke der saarländischen Gendarmerie wächst somit auf 355 Mann an, deren Besoldung und Unterhaltung einen jährlichen Kredit von rund 3 Millionen Franken in Anspruch nimmt (genau 2 934 730). Die Landjäger können somit als vollständig angesehen werden; ihre Stärke beträgt 295 Mann. Die Polizei, 60 Mann stark, ist in Saarbrücken stationiert.

Es ist leicht verständlich, daß die Regierungskommission, selbst wenn ihr die finanziellen Mittel zur Verfügung gestanden hätten, aus einem einzigen Block nicht die Gendarmeriemacht

hätte aufstellen können, die zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und zur wünschenswerten Bewachung nötig gewesen wäre. Die Regierungskommission hat schon gleich bei ihrem Entstehen in der Ordonnanz vom 7. Juli 1920 allgemeine Richtlinien ausgearbeitet, nach denen sich die Entwicklung der örtlichen Polizei zu richten hatte; vollendet hat sie davon den ersten Teil, d. h. die Organisation der Landjäger. Augenblicklich befreit sie sich mit dem Ausbau der Polizei zu Ende zu kommen. Es wäre vergeblich gewesen, eine bedeutende Polizeimacht aufzustellen, ohne vorher eine Stammtruppe und einen Kern von Instruktoren gebildet zu haben.

Erst jetzt ist es möglich, eine methodische Verstärkung der Polizei ins Auge zu fassen und Gruppen zu bilden, die wirklich in der Lage sind, zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Saargebiet beizutragen.

Die Rekrutierungs- und Instruktionsmöglichkeiten berechtigen zu der Hoffnung, daß im Laufe der Jahre 1924, 1925 und 1926 eine Erhöhung des Kontingentes auf 500 Einheiten vorgenommen werden kann. Ende 1926 würde die örtliche Polizei dann mehr als 1800 Mann zählen.

Im Jahre 1924 wird eine Rekrutierung von 500 Gendarmen stattfinden, darunter 50 Berittene.

Einteilung.

Diese Gruppe wird in vier Kompagnien zu je 125 Mann eingeteilt und in den zur Verfügung stehenden Kasernen in Saarbrücken und Saarlouis stationiert. Das Kommando über diese Truppe wird einem Major übertragen, der dem Kommandanten des Korps unterstellt ist. Jede Kompagnie erhält einen Hauptmann und wird in vier Sektionen eingeteilt, deren jede von einem Offizier oder einem Adjutanten geführt wird. Jede Sektion umfaßt vier Brigaden, deren jede einem Unteroffizier unterstellt ist.

Die schon im Dienst befindlichen Polizisten erhalten bei der Instruktion und Verwaltung der Gruppe Verwendung.

Der Stab der Truppe besteht aus Kommandeur, 4 Kompagniechefs (Landjäger-Oberinspektoren), 6 Offizieren (Landjäger-Inspektoren), 10 Adjutanten (Oberlandjägermeister, Landjägermeister) und 64 Unteroffizieren (Oberlandjäger).

Drei Kompagnien werden in Saarbrücken, eine in Saarlouis garnisoniert. Die Rekrutierung vollzieht sich streng nach den Vorschriften der Ordonnanz vom 7. Juli 1920, d. h. daß gebürtige Saarländer im Alter von 25 bis 40 Jahren, die womöglich schon eine militärische Vorbildung besitzen, bevorzugt werden.

Die Aufstellung dieses Planes hat folgende Auswirkung auf den Etat:

Kostenvoranschlag.

A. Persönliche Auslagen.

Besoldung plus Familienzulage — (mit zwei Kindern).

Gruppe 12 — Klasse 6 —	1 Kommandeur (major commandant)	13 584 Fr.
Gruppe 11 — Klasse 3 —	4 Landjägeroberinspektoren (rang d'officier-capitaine)	45 936 Fr.
Gruppe 9 — Klasse 3 —	6 Landjägerinspektoren (rang d'officier)	57 816 Fr.
Gruppe 8 — Klasse 3 —	10 Ober- u. Landjägermeister (rang d'adjutant)	87 480 Fr.
Gruppe 6 — Klasse 3 —	64 Oberlandjäger (rang de sous-officier)	509 184 Fr.
Gruppe 4 — Klasse 1 —	415 Landjäger (hommes de troupe)	2 808 720 Fr.
500 Mann Gesamtsumme:		3 522 720 Fr.

B. Bekleidung und Ausrüstung.

(Für 500 Mann, Durchschnittskosten).

1 Toppe und zwei Hosen zu 480 Fr.	240 000 Fr.
1 Regenmantel zu 300 Fr.	150 000 Fr.
1 Mütze zu 20 Fr.	10 000 Fr.
1 Koppel (ceinturo baudrier) zu 50 Fr.	25 000 Fr.
1 Revolver zu 150 Fr.	75 000 Fr.
1 Karabiner und 1 Säbel zu 500 Fr.	250 000 Fr.
Stiefelgelder (indemnités de chaussures) zu 150 Fr.	75 000 Fr.
Summa:	825 000 Fr.

C. Kauf und Unterhaltung von 50 Pferden.

Preis für 1 Pferd 3000 Fr.	150 000 Fr.
Geschirr pro Stück 850 Fr.	42 500 Fr.
Unterhaltung von 50 Pferden, pro Pferd 3200 Fr.	160 000 Fr.
Einrichtung von Ställen	150 000 Fr.
Summa:	502 500 Fr.

D. Einrichtung von Büros und Wohnungen für das Personal.

Einrichtung von Büros	50 000 Fr.
Einrichtung von 300 Wohnungen für die verheirateten Gendarmen, 10 000 Fr. pro Wohnung	3 000 000 Fr.
200 Zimmer für die Junggesellen	200 000 Fr.
Summa: 3 250 000 Fr.	

E. Ausgaben.

Bürokosten, Porto, Telephon usw.

Heizung und Beleuchtung	80 000 Fr.
Umzugskosten (exercice usw.)	50 000 Fr.
Unvorhergesehene Ausgaben	25 000 Fr.
	155 000 Fr.

Zusammenziehung.

Ausgaben A	3 522 720 Fr.
Ausgaben B	825 000 Fr.
Ausgaben C	502 500 Fr.
Ausgaben D	3 250 000 Fr.
Ausgaben E	155 000 Fr.
	8 255 220 Fr.
Einnahmen aus Vermieten der Wohnungen, berechnet mit 10 Prozent von 3 200 000 Fr.	320 000 Fr.
	7 935 220 Fr.

Zu diesen 7 935 220 Fr. ist noch ein im Budget von 1924 vorgeschriebener Kredit von 3 481 049 Fr. hinzuzubaddieren, womit die Gesamtsumme dann auf 11 416 269 Fr. anwächst.

Im Falle der Aufbesserung der Beamtengehälter seitens der Regierungskommission würde sich diese Summe natürlich im entsprechenden Verhältnis steigern.

Wenn die Gendarmerie in den Jahren 1925 und 1926 eine Verstärkung um 500 Mann erfährt, wird sich der Etat für 1926 auf annähernd 30 Millionen Fr. erhöhen.

Nach dem Bericht und den Vorschlägen des Präsidenten macht das Mitglied der Regierungskommission und Beauftragter der Finanzen, Herr G. M. Stephens, folgende Ausführungen:

Kapitel II zur Anlage des Abschnittes IV, § 30 gibt folgende Bestimmungen:

Es wird nur eine örtliche Gendarmerie zur Aufrechterhaltung der Ordnung eingerichtet.

Dem Regierungsausschuß liegt es ob, in allen eintretenden Fällen für den Schutz der Person und des Eigentums im Saarbezugsgebiet zu sorgen.

Aus vorliegendem Bericht ist ersichtlich, daß die Gendarmerie am 31. März 1924 356 Einheiten betragen wird, deren Besoldung und Unterhaltung einen jährlichen Aufwand von 3 Millionen Fr. erfordern.

Es ist vorgesehen, die Gendarmerie folgendermaßen zu erhöhen:

1924 um 500 Einheiten,
1925 um 500 Einheiten,
1926 um 500 Einheiten.

Der Etat für 1924 wird dadurch folgende Belastung erfahren: Unterhaltung und Besoldung von 300 Einheiten 3 500 000 Fr.

Unterhaltung und Besoldung von 500 neuen Einheiten	5 000 000 „
Errichtung nötiger Wohnungen für verheiratete und unverheiratete Gendarmen in den Kasernen	2 970 000 „
	11 470 000 Fr.

Diese neue Belastung trägt nicht zur Verbesserung des Etats für 1924 bei. Zurzeit belasten bereits sehr drückende Lasten den Etat, ohne daß durch Steuern diese Ausgaben eine genügende Deckung erfahren. In Anbetracht dieser Lage wäre es besser, die Möglichkeit in Erwägung zu ziehen, wie man das vorgesehene Programm wieder auf den Stand von 1923 reduzieren könnte, was allerdings eine Herabsetzung der neu einzustellenden Einheiten (unités) von 500 auf 200 Mann bedeutet.

Meines Erachtens muß vor der Erweiterung der örtlichen Gendarmerie, deren Notwendigkeit ich keineswegs verkenne, die finanzielle Lage des Saargebietes erst in Ordnung gebracht werden.

Die Regierungskommission hat mit vier Stimmen, bei einer Stimmenthaltung, die Vorschläge des Herrn G. M. Stephens angenommen und hat sich entschlossen, die örtliche Gendarmerie mit 200 Mann in den dem Völkerverbund vorzulegenden, Etat einzufügen.

Ich habe die Ehre, Sie zu bitten, den Völkerverbundsrat von obigem in Kenntnis zu setzen. (gez.) B. Kaut.

Die Zollabschnürung des Saargebiets und ihre Folgen.

Der 10. Januar 1925, der Tag, an dem das Saargebiet wirtschaftlich endgültig von Deutschland losgelöst wird, ist ein schwarzer Tag in der Geschichte der saarländischen Wirtschaft. Man kann diesem Tag nur mit ernstester Besorgnis entgegensetzen. Sind es doch nicht nur einige Wirtschaftskreise, die unter den Folgen der Zollabschnürung zu leiden haben werden; nicht nur Industrie und Handel werden davon unmittelbar berührt; nein, die Folgen werden letzten Endes die gesamte Bevölkerung zu spüren bekommen. Auf's neue ist es der Machtspruch von Versailles, dessen Ausführung die Saarbevölkerung einer dunklen Zukunft entgegenführt.

Mit Inkrafttreten des Friedensvertrages wurde das Saargebiet zunächst nur politisch von seinem Mutterlande losgerissen; wenn infolge dieser Tatsache der Saarbevölkerung ernste Zeiten nicht erspart geblieben sind, so wurde eine gewisse Milderung dadurch erzielt, daß es dem Saargebiet möglich war, vorerst die alten Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland aufrechtzuerhalten. Nach wie vor können deutsche Waren zollfrei ins Saargebiet eingeführt werden; nach wie vor können saarländische Erzeugnisse ohne Zollbelastung ihren Weg nach Deutschland nehmen. Zwar ist durch die Fülle der Formalitäten eine nicht unbeträchtliche Erleichterung der Beziehungen zu Deutschland eingetreten; aber diese Beziehungen brauchen wenigstens nicht abgebrochen zu werden. Durch den Friedensvertrag hat die zollpolitische Lage des Saargebietes zunächst nur insofern eine Änderung erfahren, als auch französische Waren zollfrei in das Saargebiet eingeführt werden können, während gleichzeitig saarländische Erzeugnisse, soweit in ihnen saarländische Rohstoffe und saarländische Arbeit verkörpert sind, ohne Zollbelastung nach Frankreich ausgeführt werden können. Da jedoch die zollfrei hier eingeführten deutschen Waren bei einem Weiterverkauf nach Frankreich verzollt werden müssen, war es notwendig, an der saarländisch-lothringischen Grenze noch eine Zollgrenze bestehen zu lassen.

Dies ist die zollpolitische Lage, wie sie bis zum 10. Januar 1925 im Friedensvertrag vorgesehen ist. Von diesem Tage ab tritt darin eine bemerkenswerte Änderung ein. Deutsche Waren werden bei ihrem Eingang in das Saargebiet mit den außerordentlich hohen Sätzen des französischen Generaltarifs belastet werden. Was die nach Deutschland auszuführenden saarländischen Erzeugnisse angeht, so werden diese bei ihrem Eingang in Deutschland mit den deutschen Zöllen

belegt werden. Wie hoch sich diese Zölle stellen werden, ist zurzeit noch nicht abzusehen; am gleichen 10. Januar 1925 läuft nämlich für Deutschland die einseitige Meistbegünstigung ab, die es nach dem Friedensvertrag allen Ententestaaten gewähren mußte; damit erhält Deutschland seine handelspolitische Bewegungsfreiheit wieder. Es ist daher damit zu rechnen, daß zu diesem Zeitpunkt ein neuer deutscher Zolltarif in Kraft treten wird, zu dem die Vorarbeiten schon im Gange sind. Soviel ist jedenfalls gewiß, daß die neuen Zollsätze gerade für die französische Einfuhr — die saarländische Einfuhr wird ja dann dieser gleichgestellt — nicht gering sein werden, solange sich Frankreich durch die Anwendung des Generaltarifs gegen die Einfuhr deutscher Waren sperrt. — Auf der anderen Seite wird die Einbeziehung des Saargebietes in das französische Zollgebiet bedeuten, daß zwischen Frankreich und dem Saargebiet in Zukunft ein freier Verkehr herrschen wird; daß also die Zollschranke an der saarländisch-lothringischen Grenze in Wegfall kommen wird.

Was bedeutet nun diese Änderung der zollpolitischen Lage für das Saargebiet? Wenn wir zunächst auf die Auswirkungen auf die saarländische Industrie eingehen, so bedeutet es für diese den Verlust des deutschen Absatzgebietes. Die Zollbelastung beim Eingang nach Deutschland wird dazu führen, daß saarländische Ware in Deutschland nicht mehr konkurrenzfähig sein wird; auf der anderen Seite ist Frankreich nicht in der Lage, seinerseits saarländische Industrieprodukte aufzunehmen, es kann der Industrie keinen Ersatz für den Verlust ihrer wichtigsten Absatzgebiete bieten. Wenn wir die einzelnen Industriezweige einer Betrachtung unterziehen, überall ergibt sich dasselbe Bild.

Die Schwerindustrie war bisher durchweg auf den Eisenverkauf nach Deutschland angewiesen. Wenn sie versuchen will, sich auf den Absatz nach Frankreich umzustellen, wird sie auf große Schwierigkeiten stoßen; im Konkurrenzkampf mit der lothringischen Industrie wird sie deshalb benachteiligt sein, weil letztere fruchtlich für Frankreich eine viel günstigere Lage hat. Auch ist zu bedenken, daß Frankreichs Eisenerzeugung durch die Folgen des Friedensvertrages eine solche Steigerung erfahren hat, vor allem durch den Erwerb der lothringischen Eisenindustrie, daß Frankreich nicht in der Lage ist, das im eigenen Lande erzeugte Eisen zu verarbeiten. Um soviel mehr wird der saarländische Eisenerzeuger als lästiger Konkurrent empfunden

werden. In der weiterverarbeitenden Industrie liegen die Verhältnisse durchaus ähnlich. Auch hier ist Deutschland bisher Hauptabgabegbiet, auch hier wird Frankreich nicht gewillt und in der Lage sein, saarländische Erzeugnisse in größerem Umfange aufzunehmen. Besonders erschwerend fällt noch ins Gewicht, daß namentlich in der Kleinenindustrie sehr viel nach deutschen Normen gearbeitet wird, die in Frankreich nicht gebraucht werden können. Auch für die Glas- und keramische Industrie liegen die Verhältnisse denkbar trostlos. Fast die ganze Erzeugung wurde in Friedenszeiten in Deutschland abgesetzt; auch hier wird Frankreich als Abnehmer in größerem Umfange nicht in Frage kommen, weil Frankreich selbst über eine gut ausgebaut, modern eingerichtete Glas- und keramische Industrie verfügt. Die saarländische Brauindustrie wird nach Verlust des deutschen Abgabegbietes erst recht nicht an einen Absatz nach Frankreich denken können. Denn in Frankreich tritt der Bierkonsum gegenüber dem großen Weinkonsum stark zurück. Für die Versorgung Lothringens mit Bier bestehen dort schon einige Brauereien, die den Bedarf an Bier mehr als reichlich zu decken in der Lage sind. Das ergibt sich schon aus der Tatsache, daß den dortigen Brauereien ihr bisheriges Abgabegbiet zu klein geworden ist; man ist daher schon jetzt bemüht, mit allen Mitteln sich Absatz im Saargebiet zu verschaffen.

Für den saarländischen Handel ergibt sich folgende Lage: Die helle Zollbelastung beim Warenbezug aus Deutschland wird es ihm unmöglich machen, seinen Warenbedarf in nennenswertem Umfange noch in Deutschland zu decken, da die deutschen Waren allzusehr verteuert werden. Er wird gezwungen sein, die alten, ihm lieb gewordenen Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland abzugeben, um sich mehr oder weniger ganz auf den Warenbezug aus Frankreich umzustellen. Es wird daher unvermeidlich sein, daß er seine ganzen Handelsbeziehungen nach Westen umstellt. Daß bei einer solchen Umstellung sich eine Fülle von Schwierigkeiten ergeben, daß Reibungen nicht ver-

mieden werden können, liegt auf der Hand. Für den Verbraucher wird diese Umstellung die unangenehme Folge haben, daß er sich seinerseits auf den französischen Geschmack einstellen muß.

Alles in allem erwachen dem Saargebiet aus der Umstellung seiner Wirtschaft nach Westen eine ganz erhebliche Fülle von Nachteilen, denen keinerlei wirtschaftliche Vorteile gegenüberstehen. Ja es können daraus der Wirtschaft noch ernste Folgen entstehen, die nicht ohne Rückwirkung auf die ganze Bevölkerung bleiben werden. Wenn es z. B. der Industrie nicht gelingt, als Ersatz für den ausfallenden deutschen Markt neue Absatzgebiete in anderen Ländern ausfindig zu machen, wird sich eine größere Arbeitslosigkeit nicht vermeiden lassen. Was das für die Betroffenen und auch für das schon sowieso schwer daniederliegende Wirtschaftsleben bedeutet, braucht nicht näher ausgeführt werden.

Schon jetzt steht die Wirtschaft mitten in diesem Umstellungsprozeß darin. Denn schon jetzt ist der Warenbezug aus Deutschland sehr erschwert. Die Kontingentierung des Warenbezuges aus Deutschland hat zu einer Fülle von Reibungen geführt, so daß viele Firmen infolge des schwerfälligen Arbeitens der Einfuhrkontrollstelle nicht dazu in der Lage sind, die erforderlichen Papiere zur Tätigung des zollfreien Bezuges aus Deutschland zu erlangen. Die hohe Preisgestaltung in Deutschland hat ein übriges dazu getan, daß die Firmen sich schon jetzt in großem Ausmaße nach neuen Bezugsquellen in Frankreich umsehen.

So sind die wirtschaftlichen Zukunftsaussichten des Saargebietes denkbar trostlos; in einer Zeit, in der die Wirtschaft mehr oder weniger alles bedeutet, muß sich das Herausreißen eines Wirtschaftsgliedes aus seinem Wirtschaftsorganismus viel verhängnisvoller auswirken als eine politische Abtrennung. Ob es nun gelingen wird, die Schäden dieser Umstellung durch die Art und Weise der Einzelfragen wenigstens in etwas abzumildern, muß die Zukunft lehren. („Saarbrücker Landeszeitung“.)

Nationale Wirtschaftspolitik im Saargebiet.

In der „Saarbr. Zeitg.“ findet sich eine beachtenswerte Zusage, die die französische Wirtschaftspolitik in einem bisher noch nicht behandelten Lichte zeigt. Wir geben daraus die hauptsächlichsten Ausführungen wieder.

Der Grundpfeiler einer jeden nationalen Politik ist eine gesunde Wirtschaftspolitik. Die Hebung der Volkswirtschaft war daher das Bestreben aller, die als Politiker oder Staatsmänner sich um ihre Nation verdient gemacht haben. Auch die französischen Staatsmänner der jüngsten Vergangenheit haben es verstanden, fremde Wirtschaftsgebiete aufzulaugen und sie der französischen Volkswirtschaft dienstbar zu machen. Das Saargebiet steht im Zeichen dieser französischen Wirtschaftspolitik. Durch den Vertrag von Versailles zum französischen Zollinland und dadurch zum französischen Wirtschaftsgebiet gemacht, wird das Saargebiet immer mehr von der französischen Wirtschaft durchzogen und vom französischen Kapital abhängig gemacht. Wer im Saargebiet die Aufgabe hat, französische Politik zu treiben, der hat zunächst die Aufgabe, dem französischen Kapital den Einzug ins Saargebiet zu ermöglichen und ihm die Arbeit so leicht und so billig zu machen wie irgend möglich.

Der Versailler Vertrag und die wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierungskommission deuten leicht erkennbar darauf hin, daß Politiker am Werke sind, welche die wirtschaftliche Auflaugung des Saargebietes durch die französische Volkswirtschaft vollziehen. Die wichtigste Industrie des Saarbeckens, die Kohlenbergwerke, sind durch den Versailler Vertrag vollständig in französische Hand übergegangen. Dem westlichen Drude folgend ist die zweitwichtigste Industrie an der Saar, die Eisenindustrie, mehr oder weniger gezwungen, zu 60 v. H. dem französischen Kapital ausgeliefert worden. Nur die Röchlingswerke wurden dem deutschen Nationalvermögen erhalten. Auch der Kapitalmarkt geht aus der Hand der deutschen Banken langsam in französische Hände über. Die Arbeit des Saargebietes steht daher heute schon im Dienste des französischen Kapitals. Der Ertrag der saarländischen Volkswirtschaft kommt so zum größten Teil dem französischen Nationalvermögen zugute, das heißt, die Saarbevölkerung arbeitet im Dienste Frankreichs, eine Tatsache, die in dem Maße zunimmt, in welchem sich der Einzug des französischen Kapitals ins Saargebiet verstärkt.

Wenn die Betätigung in nationalem Sinne oberste Pflicht eines jeden Staatsbürgers ist, so ist es Pflicht der Saarbevölkerung, darüber zu wachen, daß die Vermögenswerte, die das Deutsche Reich im Saargebiet der Verwaltung des Völkerbundes zu treuen Händen übergeben hat, dem deutschen Nationalvermögen wenigstens so weit erhalten bleiben, wie es die Grenzen des Versailler Vertrages gestatten. In

diesem Sinne eine nationale Wirtschaftspolitik zu treiben, ist eine der Pflichten, welche die deutsche Geschichte von der Saarbevölkerung verlangt!

Je mehr es der französischen Wirtschaftspolitik gelingt, die Lebenshaltung der Saarbevölkerung zu drücken, desto mehr schafft sie im Saargebiet günstige Arbeitsgelegenheit und Verdienstmöglichkeit für das französische Kapital. Und das ist das Ziel der französischen Wirtschaftspolitik an der Saar!

In den zwischen der Regierungskommission und den Gewerkschaftsführern jüngst gepflogenen Verhandlungen über die Lohnfragen hat der Präsident der Regierungskommission unzweideutig zu erkennen gegeben, daß von einem Generalkstreik der Arbeiterschaft nichts für deren Besserstellung zu erwarten sei. Die Regierung habe allerdings festgestellt, daß das Leben im Saargebiet um 10 v. H. teurer sei als in Elsaß-Lothringen. Aus diesem Grunde habe man auch entschieden, daß die Mieten in diesem Monat die gleichen wie im vorhergehenden blieben.

Die Niedrighaltung der Mieten wird also von der französischen Wirtschaftspolitik als das geeigneteste Mittel zur Niedrighaltung der Löhne und Gehälter im Saargebiet angesehen und angewandt. Und warum, so wird sich jeder denkende Saarländer fragen.

Der Hausbesitz im Saargebiet befindet sich fast ausschließlich in deutscher Hand; er ist ein Teil des deutschen Nationalvermögens. Wenn dieser Hausbesitz infolge der Niedrighaltung der Miete einem langsamen Verfall und Untergange geweiht wird, so geht deutsches Vermögen zugrunde, eine Tatsache, die Frankreichs Interessen eher willkommen als unwillkommen sein muß. Auch die durch die Niedrighaltung der Miete verursachte wachsende Wohnungsnot ist für die Franzosen im Saargebiet kein Nachteil, da die Regierung ja die Hälfte aller freierwerdenden Wohnungen mit Beschlag belegt und ihren Zwecken dienlich macht. Was macht sich der Ausländer viel Sorge darum, wenn der Saarländer keine Wohnung finden kann. Der Franzose wohnt im Saargebiet billig, jedenfalls viel billiger als in seiner Heimat; die Regierungskommission sorgt für die Niedrighaltung der Miete!

Die Niedrighaltung der Miete hilft der saarländischen Beamten- und Arbeiterschaft materiell absolut nichts, da ja diese Niedrighaltung nur zu dem Zwecke durchgeführt wird, um auch die Gehälter und Löhne niedrig halten zu können. Denn je weniger Miete der Arbeiter bezahlt, desto weniger Lohn braucht er zu empfangen, um leben zu können. Die Niedrighaltung der Miete bedeutet eben, die Möglichkeit schaffen zur Niedrighaltung der Löhne und Gehälter. Die Niedrighaltung der Löhne und Gehälter kommt dem im Saargebiet überwiegend arbeitenden französischen Kapital zugute, das infolge der niedrigen Mieten im Saargebiet günstigere Produktionsbedingungen hat als im

Frankreich. Volkswirtschaftlich gesehen ist daher die Niedrighaltung der Miete eine Steuer, die das Saargebiet an Frankreich bezahlt, ohne einen Gegenwert dafür zu erhalten. Diese Steuer ist eine nationale Abgabe des Saargebietes, eine Abgabe, die auf Kosten des deutschen Nationalvermögens, des deutschen saarländischen Hausbesitzes bezahlt wird. Der in der Hand der französischen Bergwerksverwaltung liegende Hausbesitz ist bezeichnenderweise von der Wohnungswirtschaft befreit!

Die Niedrighaltung der Miete hat also eine tiefliegende wirtschaftspolitische Ursache, die sich ergibt aus dem im Versailler Vertrage den Franzosen eingeräumten Rechte zur Ausbeutung der saarländischen Gruben, ein Recht, das schließlich folgerichtig zur Ausbeutung der saarländischen Wirtschaft überhaupt benutzt wird. Die Regierung scheint lieber das französische Kapital im Saargebiet zu schützen als den in der Hand der deutschen, sparenden Bevölkerung sich befindenden Hausbesitz. Der deutsche Hausbesitz wird ausländischen Interessen geopfert, und so leistet Deutschland auch im Saargebiet eine Reparationszahlung, zu der es sich nicht verpflichtet hat.

Zusammenfassend muß gesagt werden, daß die beste Verteidigung des Deutschtums an der Saar in einer in deutschem Sinne nationalen Wirtschaftspolitik besteht. Bekanntlich wird das nationale Schicksal des Saargebietes im Jahre 1935 durch den Völkerratsrat bestimmt und zwar „unter Berücksichtigung“ der Volksabstimmung. Die Volksabstimmung ist also nicht allein entscheidend! Sollte die saarländische Wirtschaft im Jahre 1935 überwiegend von der französischen Volkswirtschaft aufgekauft sein und der ehemals deutsche Besitz sich in französischen Händen befinden, dann wird zweifellos Frankreich diese Wirtschafts- und Besitzverschiebung zu seinen Gunsten in die Waagschale werfen und den „berechtigten“ Schutz der französischen Interessen im Saargebiet verlangen. Denken wir an Oberschlesien! Es ist kein Zweifel, daß die Volksabstimmung im Saargebiet zu ungunsten Deutschlands korrigiert wird, wenn Frankreich im Jahre 1935 beachtenswerte wirtschaftliche Gründe ins Feld führen kann!

Politisch national geknütt zu sein ist freilich für den Einzelnen leichter und bequemer als sich wirtschaftlich national zu betätigen. Denn die wirtschaftlich nationale Betätigung verlangt nur gar zu oft materielle Opferbereitschaft. Aber die Hintanhaltung der persönlichen Interessen hinter die Interessen der Nation, das ist ein alt ererbtes Gebot für den Staatsbürger. In deutschem Sinne nationale Wirtschaftspolitik zu treiben ist daher die Aufgabe der Saarbevölkerung und ihrer Vertreter. Die Rettung des deutschen Hausbesitzes an der Saar bietet in diesem Sinne zur nationalen Betätigung Gelegenheit, mehr als genug!

Französischer Wirtschaftsdruck.

Ein vorbeigelungenes Manöver.

Daß das Uebergewicht des französischen Einflusses auf die saarländische Wirtschaft dem Saargebiet nicht zum Vorteil gereicht, hat sich schon wiederholt ergeben. Die Beispiele sind um ein neues bereichert worden. Die Stadt Saarbrücken bezieht von der Saarländisch-Lothringischen Elektrizitäts-Vertriebsgesellschaft, kurz S. L. E. genannt, den gesamten Strombedarf. Daß dieses vertragliche Bezugsverhältnis eine Sicherheit in der Stromversorgung nicht bietet, hat sich bei dem großen Bergarbeiterstreik erwiesen. Die S. L. E. bezieht ihren Strom von der Bergverwaltung. Um nun in dem Streit durch einen Druck auf die gesamte Bevölkerung den Streit zugunsten der französischen Grubenverwaltung zu beeinflussen, stellte diese die Stromlieferung ein, obwohl sie durchaus in der Lage gewesen wäre, den Betrieb in der elektrischen Zentrale aufrechtzuerhalten. Die Grubenverwaltung nutzte also ihre Monopolstellung ohne jede billige Rücksichtnahme auf die öffentlichen Interessen aus. Die Folge war, daß die S. L. E. ihre vertraglich übernommenen Verpflichtungen nicht ausführen konnte, nicht ausführen durfte. Um eine größere Sicherung des Strombezuges zu gewährleisten, beschäftigte sich die Stadtverwaltung mit dem Plan der Errichtung eines eigenen Elektrizitätswerkes im Rahmen des Vertrages mit der S. L. E., der aber an dem Widerstand der Gesellschaft scheiterte. Darauf wurden Verhandlungen mit den gleichfalls unter französischem Einfluß stehenden Zentralen in Homburg und La Houve angeknüpft, die zwar zusagten, ein Angebot zu machen, diese Zusage aber nicht erfüllten. Auch der Grubenverwaltung hatte die Stadt einen Vertragsentwurf zur Lieferung des Stromes unterbreitet, auf den diese aber überhaupt nicht einging. Dafür stellte sie indes ein eigenes Vertragsangebot für Anfang Januar in Aussicht, das aber ebenfalls nicht einging. Der Vertrag mit der S. L. E. war von der Stadt zum 7. November d. J. gekündigt worden. Das am 23. Februar der Stadt endlich vorgelegte Angebot war völlig unannehmbar. Es erhöhte nicht nur den Grundpreis beträchtlich, sondern machte ihn auch schwankend von dem Kohlenpreis abhängig und wollte ihn durch Formulierungen bedingen, die sehr

schwer zu übersehen waren und jedenfalls eine Erhöhung der Preise zur Folge gehabt hätten. Weiter war auch ausbedungen, daß es ins freie Ermessen der Grubenverwaltung gestellt war, bei Streiks die Lieferung ganz oder teilweise einzustellen, ohne daß der Stadt irgendwelche Rechte in diesem Falle eingeräumt wurden. Der Vertrag war also eine ganz wesentliche Verschlechterung. Die Stadtverwaltung konnte dieses Angebot nur als einen Versuch betrachten, sie zu zwingen, mit der S. L. E. wieder einen Vertrag abzuschließen. Inzwischen hatte die Stadt jedoch Verhandlungen mit den Röchlingschen Eisen- und Stahlwerken in Völklingen über die Stromlieferung angeknüpft, und diese haben nunmehr zu einem Abkommen geführt, das bei gleichem Strompreis ganz wesentliche Verbesserungen bezüglich der Sicherheit des Strombezuges bietet. Dadurch ist es der Stadt Saarbrücken gelungen, sich dem Einfluß der französischen Bergwerksdirektion in der Stromversorgung zu entziehen. Die zur Durchführung der Belieferung der Stadt von der Zentrale der Firma Röchling erforderliche Erweiterung der Völklinger Zentrale ist in die Wege geleitet. Vom 7. November 1924 ab wird also das Versorgungsgebiet der Stadt Saarbrücken mit Strom aus der Völklinger Zentrale der Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke versorgt.

Das Saargebiet, wie es ist.

Ueber das Saargebiet ist viel geschrieben worden, viel Wahres und viel Unwahres. Besteres besonders von Frankreich, das mit Hilfe eines Journalisten- und Schriftstellerheeres versucht, aus dem deutschen Saargebiet ein französisches zu machen. Die Rüksichtlichkeit der französischen Presse ist ja erst kürzlich gerichtlich notorisch geworden. Und wie es gemacht wird, kann man im Saargebiet selbst am besten beobachten. Aber wie sie's auch anstellen: den deutschen Sinn, das deutsche Gemüt, die deutsche Treue an der Saar vermögen sie nicht umzumodeln.

Das hat Albert Zühlke so natürlich und so selbstverständlich durch seinen trefflichen „Saarkalender 1924“ bewiesen. Er hatte es wirklich nicht nötig, zu retuschieren, zu fälschen, zu beschönigen. Nur hineinzugreifen brauchte er in das warme Leben an der Saar. Und das hat Zühlke getan. Mit seinem wahren, warmen, deutschen Herzen wußte er den Regungen des Volkes an der Saar nachzugehen. Gleich wie ein offenes Buch offenbarte sich ihm die Volksseele; er brauchte nur zu blättern, um überall auf deutsches Leben, Fühlen, Schaffen zu stoßen. Er läßt das Volk selbst erzählen aus Arbeit und Mühen, aus Familie und Leben, aus Höhen und Tiefen, aus Natur, Kultur und Geschichte; und überall strömt ihm deutsches Land und deutsches Volk überquellend entgegen. Poesie und Prosa, „Saarbrügger Platt“ und Reinkircher Sproch — Zühlke fest Steinen an Steinen zu einem überwältigend schönen Bauwerk deutscher Treue zusammen. Dort findet sich für jedermann etwas in Ernst und Scherz, für den Verstand, fürs Gemüt, fürs Herz und fürs Zwerchfell.

Es ist keine französische Schmiegsamkeit, die da aus den Worten spricht, kein Wortflitter, es ist gute derbe deutsche Art, Saarbrücker Deutlichkeit, die nicht mißzuverstehen ist, so unmißverständlich, daß wohl erwogen und geglättet werden mußte, um nicht die verächtliche Ersatznovellendruckerei der Regierungskommission auf ihre Ruhanwendung prüfen zu lassen von wegen Geistes- und Gedankenfreiheit und so!

Lange hat es gedauert, bis wir eine genügende Zahl von Exemplaren des Zühlkeschen Saarkalenders in unserer Geschäftsstelle zusammen hatten — ein Zeichen dafür, wie er verlangt wurde —, um sie für Bestellungen bereit zu halten. Wir hatten es für selbstverständlich, daß, wie der Saarkalender im Saargebiet kaum in einem Hause fehlt, er auch rechtsrheinisch sich in jedem Hause befindet, wo sich ein Saardeutscher oder Saarfremder aufhält. Der Preis beträgt 2,20 M. einschl. Porto. Wer sich den Saarkalender sichern will, der gebe seine Bestellung unter Einkundung des Betrages sofort auf. Wir wissen aus eigener Erfahrung, daß kaum ein Heimatbote so frohe, erinnerungsreiche Stunden bereitet als dieser Saarkalender 1924 von Albert Zühlke (Verlag Gebr. Hofe, A.-G., Saarbrücken), zu beziehen durch die Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW. 11, Könnigsgräber Straße 94.

Wie wir übrigens erfahren, hat der Verlag Gebr. Hofe, A.-G., das Werk „Unsere Heimat im Wandel der Zeiten“ von Zimmer in neuer Bearbeitung herausgegeben. Das Werk bildet eine in sich geschlossene Geschichte des Saargebietes, aus der sich neben vielem anderen auch die nicht widerlegbare historische Tatsache ergibt, daß das Saargebiet deutsch ist nach Geschichte, Wirtschaft und Bevölkerung. Sollten sich in unserem Leserkreis Interessenten für dieses Werk befinden, sind wir gern bereit, Bestellungen zu vermitteln.

Deutsche Treue der Tat an der Saar.

Die französische Propaganda an der Saar hat es fertig gebracht — nicht einmal, sondern in Dutzenden von Fällen — zu behaupten, die Betonung des Deutschtums an der Saar sei nichts anderes, als bestellte und von Berlin aus bezahlte Mache. Im Saargebiet lacht man über solche faustbiden Lügen, aber im Ausland erzielt man vielleicht doch mit der Zeit einen gewissen Eindruck. Die Genfer Verhandlungen haben das mehrfach bewiesen.

Das Saargebiet hat auf diese infame französische Lüge eine so feine und so durchschlagende Antwort gegeben, daß dem Richter-Rutier darüber die Worte ausgingen. Das Saargebiet hat seine Treue zum deutschen Vaterland durch die christliche Tat bewiesen. Vom Evangelischen Jugendamt unter Pfarrer Limberg in Saarbrücken organisiert, hat das Saargebiet eine großzügige Kinderhilfe ins Leben gerufen, um Kinder aus dem unbesetzten Deutschland im Saargebiet unterzubringen. Und hinter diesem hochherzigen Liebeswerk verbirgt sich mehr als lediglich eine schematische Kinderhilfe; hier betätigt sich deutsches Dank- und Treueempfinden, deutsches Zusammengehörigkeitsgefühl, deutsche Notgemeinschaft. Der Samen, der vor wenigen Jahren durch Unterbringung saarländischer Kinder im unbesetzten Deutschland ausgesät wurde, hat tausendfältig Frucht getragen, er hat eine Vergeltung erfahren, wie sie herrlicher und überwältigender nicht gedacht werden konnte. Was Frankreich auch durch Schikanen und Vertragsbruch an wirtschaftlichen Banden zwischen Deutschland und dem Saargebiet zu zerschneiden vermochte, durch diese saarländische Kinderhilfe ist ein neues Band des Blutes, der Herzen, der Treue geknüpft worden, das Generationen überdauert. Schon über 2000 deutsche Pflegekinder sind im Saargebiet untergebracht worden. Aus Hamburg, Berlin, Magdeburg, Karlsruhe, Stuttgart, Hannover und anderen deutschen Städten haben erholungsbedürftige Kinder ihren Einzug ins Saargebiet gehalten. Es war nicht ganz leicht, die mannigfaltigen Bedenken und Vorurteile, die beziehungsweise im deutschen Vaterlande über das Saargebiet bestanden, zu zerstreuen, bis man die Kinder ins Saargebiet ließ. Gerade über diesen Punkt lesen wir im „Hannoverschen Tageblatt“ u. a. folgende Ausführungen:

„Wer in letzter Zeit mit einem Kindertransport ins Saargebiet zu tun hatte, mußte immer wieder die erstaunte Frage hören, ob es denn möglich sei, erholungsbedürftige Kinder an die äußerste Grenze des Deutschen Reiches zu schaffen. Die Bedenken wurden laut und vernehmlich vorgetragen, und noch kurz vor Abgang des Zuges meldeten sich Eltern, die das Wagnis nicht übernehmen mochten, ihre Kinder nach dorthin zu senden. Selbst Berliner Zentralstellen, die sich mit Kindertransporten zu befassen haben, glaubten warnend ihre Stimme erheben zu müssen und hatten dabei das Urteil der Reichsbehörden auf ihrer Seite. (!) Als der Evangelische Jugenddienst in Hannover pflichtschuldigst diese Einwände nach Saarbrücken weitergab, war man dort schon von anderer Seite auf diese Bedenken aufmerksam gemacht worden, nahm aber alles ruhig entgegen als einen neuen Beweis dafür, daß man in Deutschland wenig Bescheid weiß über die besonderen Verhältnisse im Saargebiet.“

Aber wie sieht die Saargebietsbevölkerung ihrer Pflegekinder an, das geht aus der Schilderung der Ankunft eines Kindertransportes im Saargebiet in der „Saarbrücker Zeitung“ hervor. Darin hieß es u. a.:

„Das Dampflok fährt auf dem Bahnsteig ein, begrüßt von dem Jubel der Pflegeeltern. Die Wagentüren fliegen auf, und dem Zug entsteigen freudig und erwartungsvoll 211 Kinder der Reichshauptstadt. — Ein Blick über die Kinder enthüllt manche Not und manche Entbehrung, läßt aber auch im tiefsten Herzen empfinden, wie sehr wir mit dem Schicksal unserer Brüder verwachsen sind. Deutsche Not ist unsere Not. Das zeigt die geradezu rührende Liebe, mit der sie anwesenden „Quartierleute“ nach „ihrem“ Kinde fragen, und wenn sie es gefunden, es herzen und küssen!“ —

Auf tannengeschmückten Lastkraftwagen werden die einzelnen Gruppen in die Dörfer des Saartales befördert. In Holz ist der erste stürmische Empfang, die ganze Dorfgemeinde ist dem Wagen entgegengeeilt und geleitet ihn im Triumph zur Halle. „... und sing' mit dankbarem Gemüt mein Morgen- und mein Abendslied!“ Mit diesem Lied auf den Lippen entsteigen die Kleinen dem Wagen und betreten den Ort, wo Herzlichkeit und Liebe ihrer wartet. Für die Gruppe Wahlschied gibt's noch ein neues Staunen, als der Wagen die Höhe erklettert, um dann hinunter ins Wahlschiebeler Tal zu steigen. Da schweift der Blick über die sanften Höhenzüge westlich des Köllertales, wo eben die Sonne, blutrot und vom Dunst magisch verschleiert, zu Sette geht — dann fährt der Wagen mit den singenden Kindern ins Dorf hinein, die Glocken läuten, die Jugend jubelt. Nun sind sie „zu Hause“, all' unsere kleinen Spreetäher, und zu gleicher Zeit auch in Jechingen und Burbach und Neudorf und wo überall sie die vielen fürsorglichen Hände an diesem wahren Vorfrühlings-Tag hingeleitet haben.“

„Dank, inniger Dank, sei euch, ihr lieben Schwestern und Brüder im Saarlande!“ sagt hierzu Pfarrer Blumberg, einer der Kindertransportführer aus dem Reich. Und in den hannoverschen Blättern lesen wir u. a. folgendes:

„Bei dem fortgesetzten Ringen um die Erhaltung des Deutschtums muß es alle mit Freude erfüllen, daß die 57 evangelischen Gemeinden des Saargebietes den Beschluß gefaßt haben, 2000 deutsche Kinder bei sich aufzunehmen, um ihnen in den Familien, in den Wäldern und auf den Bergen ihrer Heimat eine sechswohige Erholung zu gewähren, deren so viele unter unseren Kleinen dringend bedürftig sind. Ein großer Transport aus Magdeburg hat bereits wieder das Saarland verlassen, und Augenzeugen berichten, daß es ganz erstaunlich gewesen wäre, wie sich diese Kinder erholten hätten. Fast wollte es scheinen, als wären den Saarländern die Kinder aus Berlin, Hamburg, Stuttgart und Hannover noch nicht elend genug, um an ihnen ein Meisterwerk der Erholungspflege zu verrichten! Wer mit erlebt hat, wie die Kinder in einem Dorfe auf dem Marktplatz unter Glockengeläut und mit begeisterten Reden auf das Vaterland in Empfang genommen sind, dem braucht nicht lange zu sein, um die deutsche Zukunft in der westlichen Grenzmark, und wir möchten es allen wünschen, die hier müde geworden sind und vergrämt und verbittert um sich schauen, daß sie einmal einen Kindertransport ins Saargebiet bringen, um gestärkt wieder zurückzukehren an ihre Arbeit. Ueber 90 hannoversche Kinder befinden sich zurzeit in St. Arnual und Gersweiler. Vergleute haben ihre Häuser geöffnet, Geschäftsinhaber, Beamte und Lehrer sind in ihren Räumen zusammengedrückt, um Platz zu schaffen für unsere Kinder, ein Wein- und Obstbesitzer stiftet mit seinen Gästen die Kosten für einen Ausflug mit gewaltigem Kuchenessen, eine Witwe begibt sich zum Schlafen auf die Nachbarschaft, um wenigstens etwas zu tun, wenn sie zum Uebernachten Raum schafft für die Begleiter des Kindertransportes. Die kirchlichen Frauenvereine tun fast nichts anderes als nähen, stricken und handarbeiten für unsere Kinder. Alles war auf das sorgfältigste vorbereitet, die junge Mannschaft vom Roten Kreuz in Frankfurt a. M. nahm die Kinder in Empfang, geleitete sie für die erste Nacht in das mit weißen Betten ausgestattete Hotel, um am nächsten Morgen um 6 Uhr wieder zur Stelle zu sein, um die Fahrt über Wiesbaden ins Nahetal vorzubereiten zu helfen. Der Arbeiterkameratenbund in Saarbrücken trug den „einen Grenzfahrern die Koffer und verpackte sie mit den Kindern und Pflegeeltern in die bereitstehende Elektrische. Väter und Mütter waren an der Bahn, um ihre Gäste abzuholen.“

Es ist ein Verdienst des Evangelischen Jugendamtes in Saarbrücken, alles in musterhafter Weise in die Wege geleitet zu haben. Das Saarländische Kinderhilfswerk hat mit Schwierigkeiten zu kämpfen, deren Überwindung viel Umsicht und Tatkraft erfordert, aber mit dem ein leuchtendes Beispiel von Hilfsbereitschaft, Bruderschaft und Vaterlandsliebe unter uns ausgerichtet wird, mit dem wir den festen Glauben behalten dürfen an eine deutsche Zukunft.“

Man muß berücksichtigen, daß im Saargebiet selbst große Not herrscht, hervorgerufen durch das Schwanken des Franken. Aber ein Opfer- und Treuegeist betätigt sich dort unten an der Saar wie im November 1918, als unsere Fronttruppen durch das Saargebiet ostwärts marschierten. Auch da herrschte bittere, bitterste Not gerade an der Saar, das so Schweres während des Krieges mitgemacht hat. Und dennoch: das letzte aus Küche und Keller wurde hervorgeholt, der letzte kleine Vorrat, um es den deutschen Kämpfern begeisterungsfroh und opferfreudig zu bringen. Und heute das gleiche Bild! Dr. Rathenau sprach wenige Tage vor seinem tragischen Tode das bedeutsame Wort:

Das Saargebiet kann uns allen Vorbild und Muster sein!

So auch hier. Es ist ergreifend und beschämend zugleich, wenn man sieht und hört, was die Saarbevölkerung tut, um ihren 2000 kleinen deutschen Gästen den Aufenthalt im schönen Saartal und auf den herrlichen Saarböden so angenehm und genussreich wie möglich zu machen. Solche Treue der Tat soll uns im unbesetzten Deutschland aufs äußerste anspornen, um einer möglichst großen Zahl von Saarländern auch in diesem Sommer wieder Unterkunft, Erholung und Liebe zu geben. In allen Ortsgruppen des Bundes „Saar-Berein“ müssen die Vorbereitungen getroffen werden, um einen Ausbruch zur Unterbringung deutscher Saarlinder ins Leben zu rufen, der gleiche Tatkräft beweist, wie es an der Saar geschieht.

Treue um Treue!

Der Hamburger Senat richtet anlässlich des großzügigen Hilfswerkes des Saargebietes für hungernde und frierende deutsche Kinder folgende Dankadresse an den Organisator, Herrn Pfarrer Limberg-Saarbrücken:

„Zahlreiche Großstadtkinder, darunter allein 610 aus Hamburg, haben im Verlaufe der letzten zwei Monate dank der

Bemühungen der evangelischen Geistlichkeit und der Hilfsbereitschaft der Bevölkerung im Saargebiet eine über alles Lob erhabene Aufnahme gefunden. Der Senat möchte nicht verfehlen, allen freundlichen Helfern an dem Vieseswerk auch seinerseits seinen wärmsten Dank für ihre Hilfe in einer Zeit auszusprechen, wo die öffentlichen und privaten Mittel für eine Ferienfürsorge für die bedürftigen Großstadtkinder begrenzter sind denn je. Die Erinnerung an die in so reichem Maße genossene Gastfreundschaft wird sich in die Herzen der Kinder tief eingraben und dazu beitragen, unser aller innige Wünsche auf einstige Wiedervereinigung des Saargebiets mit dem Vaterlande zu vertiefen und zu stärken."

Eine Wanderung durch den Halberg.

Der Historische Verein für die Saargegend hatte seine Mitglieder zu einem Besuch der Heidentapelle oder Heidentirche im Halberg eingeladen. Das uralte Felsenheiligtum inmitten des Waldes wirkt noch jetzt ergreifend auf den Besucher. Die etwa 8 Meter breite und ebenso hohe Felsengrotte erstreckt sich in einer Tiefe von 10 Metern in das Innere des Berges. An den Wänden und an der Decke sind überall die Spuren menschlicher Bearbeitung aus verschiedenen Zeiten wahrnehmbar; ein spät-römisches Ornament an der einen Seitenwand gibt einen Beweis für das Alter des Heiligtums, der durch den Fund römischer Münzen aus dem dritten und vierten Jahrhundert nach Christi noch bekräftigt wird. Ein Christusköpfchen, das von einem Kreuzfisch herkommt, und die an der linken Außenseite befindliche Treppe, die zu einer Art von Kanzel geführt zu haben scheint, beweisen die Verwendung der Grotte zum Gottesdienst in der christlichen Zeit, wo ja die christliche Gottesverehrung sich meistens an heidnische Kultstätten anschloß. So gewinnt die Ueberlieferung, daß der Bischof Arnualbus hier den Umwohnern das Christentum gepredigt habe, an Wahrscheinlichkeit. Am Fuße des Halbergs lag ja auf dem rechten Saarerfer nicht weit von der römischen Saarbrücke, von der unsere Stadt den Namen führt, eine römische Niederlassung, deren Bewohner hier am Halberg einen ihrer Götter verehrten. Diese Niederlassung wurde vermutlich im 5. Jahrhundert n. Chr. von eindringenden Franken oder Alemannen zerstört. Im Mittelalter hat vielleicht eine Zeitlang ein Klausner die Höhle bewohnt, in der Rissen am Ausgang scheinen Heiligenbilder befestigt gewesen zu sein, die in der Reformationszeit entfernt wurden. Aber auch das 18. Jahrhundert, in dem der Halberg mit seinem Schloß gekrönt wurde, hat seine Spuren hinterlassen. Eine Skulptur und die Trümmer einer Inschrift sind mit Sicherheit dieser Zeit zuzuwenden. Der Konservator der Altertümer des Saargebiets, Herr Regierungs- und Baurat Klein, berichtete den Besuchern über die Ergebnisse der von ihm mit der Erlaubnis der Besitzer des Halbergs, der Herren Günther und Gustav Braun von Stumm, veranstalteten Ausgrabungen. Die Anlage der Grotte, der in der Mitte festgestellte Gang und die an dessen Seiten befindlichen Podien (bankartige Erhöhungen) lassen mit großer Wahrscheinlichkeit auf ein Heiligtum des persischen Lichtgottes Mithras schließen, dessen Verehrung im Römerreiche vom 2. bis zum 4. Jahrhundert weit verbreitet war und, wie das Mithrasdenkmal von Schwarzerden bei St. Wendel beweist, auch in unsere Gegend vorgedrungen ist. Die Verehrung des Mithras hat die Gemüter lange dem Christentum freitig gemacht, bis das letztere unter Kaiser Konstantin den Sieg errang. Aber um die Anhänger des Mithras zu versöhnen, wurde das Geburtsfest Christi auf den 25. Dezember, den Geburtstag des Mithras, verlegt.

An der Hinterwand der Grotte muß das Bild des stier-tötenden Gottes angebracht gewesen sein, es wurde nach der Einführung des Christentums natürlich zerstört. An der rechten Seite sieht man den Ansatz zu einem Bogen, dessen Abschluß doch vielleicht eine der von dem Hofgärtner Köllner erwähnten Säulen bildete, die von hier bis zum Ausgang der Grotte gestanden haben können. Das alte Heiligtum hat vielleicht dem Berg den Namen Halberg gegeben, der eine Entstellung von „heiliger Berg“ sein könnte.

Die Bedeutung der alten Kultstätte hat der frühere Besitzer des Halbergs, der Freiherr von Stumm, durch eine lateinische Inschrift an der Hinterwand der Grotte bezeichnen lassen. Unter dieser Inschrift ist eine weiße Marmortafel in den Felsen eingelassen. Eine ebenfalls lateinische Inschrift zu Ehren des Königs Friedrich Wilhelm III., des Staatskanzlers Fürsten Hardenberg und des ersten Landesverwalters Matthias Simon weist auf die Dankbarkeit der Bürger von Saarbrücken hin, für die Befreiung von der französischen Herrschaft im Jahre 1816.

Der Halberg gehörte ursprünglich dem Stifte St. Arnual und war vielleicht ein Teil des Königsgutes, das Kaiser Heinrich III. im Jahre 1046 dem Bistum Metz schenkte. Nach der Auflösung des

Stiftes im Jahre 1569 nahm der Graf den Halberg in Besitz. Im Jahre 1793 wurde der Wald von der französischen Republik zum Nationaleigentum erklärt und fiel im Jahre 1815 dem preussischen Staate zu. Der Halberg war im vorigen Jahrhundert ein Lieblingsziel für die Spaziergänge der Saarbrücker Bürger. Im Jahre 1876 erwarb der Großindustrielle Karl Stumm den Park und ließ das prächtige Schloß erbauen, in dem im Jahre 1892 Kaiser Wilhelm II. sein Gast war. Im Jahre 1901 fand hier die Trauerfeier für den Schloßherrn statt, den ein langer Zug von Parlamentariern und anderen hochgestellten Männern zu der letzten Ruhestätte auf dem stillen Waldfriedhofe geleitete. An dieser stimmungsvollen Stätte fand der Ausflug des Historischen Vereins seinen Abschluß.

Alt-Saarbrücker Originale.

Liebe Saarbrücker, an euch wende ich mich, die ihr euch wirklich so nennen dürft; nicht an die, die ein paar Monate oder auch Jahre in unsere Stadt hineingekuckelt haben, bloße „Hergeloffene“, die nachher sagen: Saarbrücken, na, ganz hübsch gelegen, und viel Betrieb ist da ja, und uninteressant ist's nicht gerade, aber — der Ruß, der Ruß! immerfort hat man einen Tupsen auf der Nasenspitze; und dann die Bevölkerung: sagen Sie, mein Guterster, haben Sie je wieder solche Zappelphilippe in Ihrem Leben gesehen? Kopf und Arme und Beine — alles ständig in Bewegung! Und erst die Lunge! Ich glaube, in der ganzen Welt wird nicht so viel und laut geschrien wie dort, „kreische“ nennen sie es ja wohl . . . ach, es sind im Grunde unfine Leute, — nichts Höheres . . . Nein, an diese „Hergeloffene“ wende ich mich nicht, sondern an die echten Saarbrücker, die Hiesigen, Dahiesigen, Aldahiesigen, vor allem an die „Sanfthanner Sprewe“, denn auch meine Familie hat zu jenem erlauchtem Geschlechte gehört! Zu euch spreche ich heute, die ihr wißt, was „e Dirmel“ ist, ein „Stampes“, ein „abbener Knopp“ und ein „Pädchestreter“, ihr, die ihr mit Saarwasser getauft seid und es — gelegentlich auch geschluckt habt, so „gutt dredig“ es auch war; oder habt ihr nicht auch beim alten Latte schwimmen gelernt? Eins, zwei, drei! Ich höre es noch immer — Hoch gingen die Wogen der guten alten Saar; die liebe Blies war mal wieder aus den Ufern getreten, nun kam als Gruß von ihr ein liebliches Durcheinander geschwommen, das einen modernen Expressionisten zu den wunderbarsten Gemälden begeistern hätte: Stroh, Betten, Balken, Kochtöpfe, Mist, viel Mist, zuweilen auch ein aufgebunsenes totes Schwein — fürchterlich war's für „kultivierte“ Menschen, aber der Saarbrücker sah gleichmütig von der alten Brücke herunter in das Tosen und Schäumen und dachte höchstens: Na, hoffentlich wird's nicht wieder so schlimm wie anno 83, da fuhren wir mit Rähnen auf dem St. Johanner Marktplatz, und die Luiseanlagen waren voll zum Ueberlaufen, ja ein Strom ergoß sich in die tiefe Delle, dort, wo heute das Landgericht steht; da konnten die Rastinobesen und die Gewerkschüler nicht durch die Kanalarstraße und mußten einen Umweg machen über die Wilhelmstraße! So dachte gleichmütig der alte Saarbrücker; und in „Lattes Badehaus“ stand ebenso gleichmütig der alte Latte und zählte: eins, zwei, drei! Und er tunkte die feinen Kräulein, und wenn es Präsidententöchter waren, die da willenlos an seiner Angel hingen, mit grimmigem Wohlgefallen tief in die gelbbraune Saar: „So, heut könne ihr Erbsuppe saufen!“ — Der alte Latte! Wer seine Behandlung durchgemacht hat, — ich glaube, der hat zweierlei für sein ganzes Leben gelernt: Schwimmen und Tapferkeit! Denn was alld wohl jenem furchtbaren Augenblick, da man, nur noch an der „großen Leine“ angebunden, auf der „großen Brück“ stand und zum ersten Male hineinspringen sollte! „Und bist du nicht willig, so brauch' ich Gewalt!“ — ein Rud, ein Stoch, und drin war man! Ganz gleich, ob „man“ ein Saarbrücker Lausbub war oder eine korpolente ältere Dame — „han Se nur lei Angst“, tröstete der Latte, „Sie verkaufe nit, es Reitt schwimmt owwe!“ — „Ach, Herr Latte“, rief einmal eine Rüdin aus der Bahnhofstraße, „ich habe so Angst, ich traue mich nicht hinein!“ — „Als einn!“ schrie der Latte, und platsch — war sie unten! „For de Angst gebt der Judd fee Grosche!“ Und als die Dame sich im Todesangst am Seil hinaufwand und sich seitlich festhalten wollte: „Nur von do“, schrie der Latte, „als unnerm Aequator (Querbalken) durch!“ Der Latte war aber doch beliebt als Schwimmlehrer, vielleicht weil sonst keiner da war, vielleicht weil er „noch nie hatt' eene verkaufe lasse!“ Jedenfalls hatte er ungemein großen Zulauf, und das steigerte sich noch, als es „Rode“ wurde, ganz plötzlich über Nacht, daß junge, mittelalte, alte Damen bei ihm schwimmen lernen, besonders solche, die das Schwimmen als Entsehungskur treiben wollten: eines schönen Tages wurde es aber dem alten Latte, der sich an seinem eins, zwei, drei die Stimme heiser geschrien hatte, zuviel, und er erklärte diktorisch: „Es werd m'r zuviel! Morge bring ich e Unteroffizier own de Dragoner mit, der helfft; — den geniert's nit, — Sie wird's aa nit geniere!“ —

Ja, wer vom alten Lätte erzogen worden ist, der war gefeit gegen das Leben, der hat sich vor Tod und Teufel nicht mehr gefürchtet!

In nächster Nähe von „Lattes Badehaus“, unter einem Bogen der alten Brücke sah ein würdiges Pendant zum . . . graben Lätte, der gutmütige „Schebbklapp“ und rasierte die Handwerksburschen und ähnliche Honoratioren. Er hatte wirklich „kein Sach“ auf nichts gestellt, nicht einmal auf „nen Stuhl! Der Brückenbogen war sein Dach; hinne im hinnerische Ecke trieb er sein anmutiges Gewerbe, die graue Bechel immer schief auf dem Kopf; sie war ihm gewiß mit der Zeit aus Anhänglichkeit angewachsen; keins von uns Kindern hätte geglaubt, daß die „Schebbklapp“ sie je abnehmen könne; „Schebbklapp, Schebbklapp“, riefen wir hinter ihm her, aber er war nie beleidigt, er grüßte uns noch gutmütig an. So legte er jahrzehntelang überflüssige Haare und Borsten aus dieser unlaubern Welt, mit unermüdlicher Geduld und wahrhaft stolischer Ruhe, im Gegensatz zu den unruhigen, aufgeregten Saarbrüdern, die um ihn her zwirbelten, wirklich ein ruhender Pol in der Erscheinungen Flucht. Und billig war er, und nie schlug er auf, den Mammon schätzte er gering. Es geht die Sage (sie ist nicht eben ästhetisch, mehr saarbrüderisch-drahtisch!), sein Tarif habe gelautet: „for 5 Benning uff die Seif gespudt un ins Gesicht geriebe un eingeseift; — for 3 Benning ins Gesicht gespudt un mit der Seif ingeriebel!“ So waren alle „Tarifverhandlungen“ unnötig. Ob er ähnliche Tarife gehabt hat beim Haarschneiden, beim „über die Sauboll schere“, beim „Stifteskopp schneide“ — ob er wirklich noch über die Sauboll geschore hat (wie die guten Saarbrüder Hausväter von anno Luwad ihre Buwe) —, ich hab's nicht ergründen können. Vielleicht aber kann dieser oder jener Landsmann meine kulturhistorischen Forschungen ergänzen.

Nun zum dritten Mann im Stat, zum „alde Bischdel“. Wer hat ihn noch gekannt, den alde Bischdel? — Als ich als Kasinobelen in die Pfarrstunde ging, erst beim Pfarrer Dörmer, dann beim Oberpfarrer Ilse (dem schlichten alten Mann, der so eindringlich abwehrte: bitte, bitte, lieber Herr Bickelmann, sagen Sie nicht: Herr Oberpfarrer! nur Pfarrer, nur Pfarrer!), als wir Konfirmanden in der alten Sankthanner Kirche saßen und den Einsegnungschoral lernten: „Wie feierlich bist du für mich“ (bei dem alle alten Weiber ihr Sattuch hervorholten und zu schnüffeln angingen) — wer sah in jener Zeit, als regelmäßiger Sonntagsgast, im Seitenschiff? Der alte Bischdel! Er war da in der Kirche, genau wie die Schebbklapp unterm Brückenbogen. War die Schebbklapp zum Philosophen geboren, so der alt Bischdel zum Theologen. Die Kirche war undenkbar ohne ihn, ebenso die kirchlichen Angelegenheiten. Er war führender Mann. Das Saarbrüder Christentum ist etwas massiv, das germanische Element hat sich nie ganz ausmerzen lassen. Der alte Heidentum schaut überall durch. Aber der alt Bischdel hat sich für sehr christlich gehalten. Wenn der da Sonntags morgens um 10 im Seitenschiff bei den zwei, drei Männern saß, die sich eingefunden hatten, und seine gewaltige, alles durchdringende Stimme zu Ehren Gottes erhob, die ganze Gemeinde führte bei den im langsamsten Tempo gesungenen Choralen, und nicht genug damit, wenn glücklich eine Zeile zu Ende war, mit lange nachhallender Stimme die letzten zwei, drei Silben nachsang, so daß der liebe Gott eigentlich nie zur Ruhe kam bei der pausenlosen Verehrung, — ja wer von uns Kindern schaute da nicht voll schauer Ehrfurcht nach dem gewaltigen Sänger herüber?

Und wenn er nun gar im Sankthanner Stadtrat seine kirchlichen Angelegenheiten vertrat? Immer mit der gleichen Ruhe, Bestimmtheit, Diktatorwürde. „Was!“ schrie er in die Versammlung hinein, die über den Plan eines neuen Kirchhofs außerhalb der Stadt beratschlagte, „was? m'r soll de ganze Bann mit Kirchhöf verschmeere?“ — Und als die Kirchen Defen bekommen sollten, sandte er einen flammenden Protest in die Zeitung: „Die Defe sin unnötig; die Weimer solle mit eme warme Herze for unsre Heiland in die Kirch gehn un e waddierte Rod mehr anduhn!“

Einmal soll sich der alt Bischdel bis in weltliche Angelegenheiten veranlagt haben: er bekämpfte wütend die Einführung des Dezimalsystems im Jahre 1875. — Aber auch da hat er selbst sich verrechnet; — die Zeit ist über ihn und über Kalt-Saarbrücken hingegangen!

Berta Schmidt-Bickelmann.

Ein neuer Homburger Meteorstein.

Zwei Arbeiter aus Beshofen befanden sich im Juli vergangenen Jahres abends auf dem Heimweg; da hörten sie in der Nähe des Kletterbrunnens ein ungewöhnliches Brausen und sahen gleich darauf aus dem nahen Wald eine weiße Dampfwolke aufsteigen. Auf den Tod erschrocken eilten sie heim und erklärten in ihrer ersten Verwirrung, am Kletterbrunnen ein großes, weißes Gespenst gesehen zu haben, das mit Brausen auf die Erde gekommen sei. Ein Homburger, Rechtskonsulent Ludwig Bauer, hörte von dieser Erzählung und brachte sie mit einer Beobachtung von ihm in Zusammenhang, wonach er um jene Zeit eine feurige

Kugel aus der Richtung Zwei brücken gegen den Karlsberg hin niedergehen sehen. Er vermutete richtig, daß es sich um einen Meteorfall handle, und nun bestätigte diesen Schluß ein interessanter Fund, der vor wenigen Wochen am Karlsberg bei Homburg gemacht wurde: Beim Fällen eines Baumes, der von dem Meteoriten ganz zerschmettert war, fand man diesen tief im Wurzelstock eingebohrt. Es ist ein mächtiges Stück Ergonglomerat von bald einem Zentner Schwere, kleinere Spalter lagen an der Fundstelle umher. Der Fund wäre doppelt beachtenswert, wenn man ihn in Zusammenhang bringt mit dem im Jahre 1869 bei Krähenberg, unweit Homburg, niedergegangenen Meteorstein, der aber an Umfang weit hinter dem von 1924 zurücksteht. Jener wurde bald Gegenstand zahlreicher eingehender wissenschaftlicher Untersuchungen und auf Grund genauerer Beobachtungen von Zeit und Richtung seines Fallens konnte man sogar rechnerisch seine etwaige Herkunft ermitteln. Der Meteor von Krähenberg befindet sich im Historischen Museum der Pfalz in Speyer.

Personalnachrichten.

Todesnachrichten. Großkaufmann Karl Wittmann, 63 Jahre; Kaufmann Georg Arnoth, 56 Jahre; Fräulein Amalie Frey, 38 Jahre; Hotelier August Feller, 52½ Jahre; Georg Bauer, 59 Jahre; Frau Lina Reischig, geb. Kaufher, 40 Jahre; Hermann Kawengel, Vorstand a. D. des Zentralbureaus der Eisenbahndirektion Saarbrücken, Ritter des Eisernen Kreuzes und anderer hoher Orden, Mitkämpfer von 1864, 1866, 1870/71; Rentner Chr. Frz. Towae, 84 Jahre; Plattenleger Karl Thäringen, 58 Jahre; Frau Wwe. Elisabeth Weber, geb. Siebel, 58 Jahre; Nikolaus Mohm, 56 Jahre; Frau Witwe Luise Ritter-Huppert, geb. Tröb, 70 Jahre; Andreas Busch, 68 Jahre; Frau Marie Beyer, 75 Jahre; Peter Immetzberger, Mitkämpfer der Kriege 64, 66, 70/71, 81 Jahre, sämtlich in Saarbrücken. — Kaufmann Hermann Schröder, 62 Jahre, in Wittingen. — Techniker Heinrich Kann, 29 Jahre, in Friedrichsthal. — Schreinermeister Abraham Jung, 73 Jahre, in Heiligenwald. — Frau Lehrer Lini Schmidt, geb. Hopstädter, 30 Jahre, in Landweiler. — Gastwirt Matthias Woll, 70 Jahre; Helene Karoline Müssenich, 70 Jahre; Frau Wwe. Friedrich Pfordt, Sophie, geb. Willie; Johann Müller, 67 Jahre; Frau Lina Schmeier, geb. Schmidt, 44 Jahre; Herbert Bock; Frau Max Hoffmann, Lina, geb. Dannenbaum, 52 Jahre; Oberstadtssekretär Mathias Becker, 45 Jahre; Ludwig Clemens, 36 Jahre, sämtl. in Neunkirchen. — Penf. Bergmann Karl Kiefer, 81 Jahre; Lehrerin Hedwig Müller, 30 Jahre, beide in Wiebelskirchen. — Ingenieur August Basel, 44 Jahre, in Dillingen. — Oberlandjäger Wilhelm Hildebrandt, 38 Jahre, in Ueberherrn. — Frau Wwe. Nikolaus Feder, Appolonia, geb. Marion, 86 Jahre, in Saarlouis. — cand. med. Erwin Herrberg in St. Ingbert. — Frau Peter Clemens Schweitzer, Margarete, geb. Scherer, 82 Jahre, in Schwarzenholz. — Henriette Karoline Schampel in Herchenbach. — Regierungsrat Dr. Hans Marzen, 42 Jahre (Köln-Ehrenfels und Neunkirchen).

Von den Saargruben.

Opfer französischen Raubbaus. Durch niedergehendes Gestein erlitt der Bergmann Peter Steiger, 22 Jahre alt, aus Derslen, im Mathildenschacht bei Büttlingen so schwere Verletzungen, daß der Tod eintrat. — Ebenfalls durch herabfallendes Gestein wurde der Bergmann J. Woll aus Hirkweiler auf Grube Fischbach schwer getroffen. W., der im 24. Lebensjahre stand, ist auf dem Transport nach dem Lazarett gestorben. Er war der einzige Ernährer der Familie, sein Vater ist schon seit einigen Jahren tot. — Auf der Berghalde der Grube Maybach fand man den Grubenhüter Karl Münch schwer verletzt auf, so daß er dem Lazarett in Quierschied überwiesen werden mußte. — Auf Grube Dechen verunglückte dieser Tage der Bergmann H. von Sinnerthal. Er wurde durch herabfallendes Gestein verschüttet und so schwer verletzt, daß der Tod auf der Stelle eintrat. — Auf Grube Reden verunglückte während der Nachtschicht der verheiratete Bergmann N. Graf aus Landweiler. In hoffnungslosem Zustande wurde er nach dem Knappschaftslazarett in Neunkirchen gebracht.

Um die Bohnenrhönung. In einer Sitzung des Sechzehnerausschusses des Gewerkevereins christlicher Bergarbeiter des Saargebiets legte Bezirksleiter Kuhnen dar, daß eine weitere Lohnrhönung unbedingt angestrebt werden müsse, wenngleich sie gegenwärtig, angesichts der Besserung des Franken, nicht mehr so viel Aussicht auf Verwirklichung habe, wie vor Wochen. Bemerkenswert sei, daß die Preise, die während der kürzlich erfolgten stärkeren Entwertung des Franken eine wesentliche Steigerung erfahren hätten, nunmehr, wo der Franken sich wieder

erheblich gebessert habe, keineswegs abgebaut wurden. Ein Preisabbau müsse aber erwartet werden, andernfalls sei es, wie einige Delegierte ausführten, an der Zeit, daß der Gewertverein selbst dazu übergehe, die Versorgung seiner Mitglieder mit Lebensmitteln und Bedarfsartikeln in die Hand zu nehmen. Im weiteren Verlaufe der Aussprache wurde Klage geführt über zu niedrig angelegte Gedinge und gefordert, daß das auf einzelnen Gruben noch übliche Gedingediktat beseitigt werde. Weitere Klagen betrafen das System der Deputatslohn. Die kommunistischen Bestrebungen auf den einzelnen Gruben, Delegierte für einen Sonderkongreß bestimmen zu lassen, seien vollständig gescheitert.

Deutsche Saar.

Mein Heimatland, du grüne Saar,
Dein denk ich immer, immerdar,
Bist in des Lebens Last und Leid
Wie Friede mir nach heiligem Streit.
Von fremder Günst umschmeichelt zwar,
Sollst deutsch du bleiben, grüne Saar.

Ihr Knappen, stark, voll Jugendkraft,
Reicht her die Hand, die Großes schafft,
Und schwört den heil'gen Schwur mit mir:
Deutsch waren und deutsch bleiben wir;
Wenn auch Jahrhunderte vergehn,
Die deutsche Saar soll fortbestehn.

Ihr Männer all im Gau der Saar
Seid deutschen Sinns, seid tapfer, wahr,
Zeigt, daß ihr deutsche Treue kennt,
Mit Stolz euch deutsche Männer nennt!
Ein einz'ger Wille dort und hier:
Deutsch reden, denken, handeln wir.

Ihr deutschen Frauen, lieb und gut,
Vom Frankenstamm, Germanenblut,
Bewahrt die deutsche Liebe rein
In eures Herzens goldnem Schrein.
Was auch die Zukunft Arges droht:
Wir bleiben deutsch bis in den Tod.

Und dort, wo meine Wiege stand,
 Mein Dörfchen traut, mein Märchenland,
 Wo ich der Mutter gelauscht,
 Wo mir der deutsche Wald gelauscht:
 Beschüt dich Gott! — Nun komm, was mag,
 Deutsch sollst du sein mit Ahr und Hag.

Wo Schacht und Schlot hoch rauchend ragt,
Wo's blinke Dampfroß rollend jagt,
Hat deutscher Fleiß — wohin man schaut —
Hat deutsche Hand sie aufgebaut.
Es wuchs des Werk wohl Jahr um Jahr:
Deutsch soll es bleiben, wie es war.

Deutsch soll es bleiben allezeit
Trotz fremdem Ränkespiel und Reid.
Und kommt der heiße Tag heran,
Bekennst sich deutsch der deutsche Mann.
Er ziert der Heimat wahre Schar
Und rettet so die deutsche Saar.

**Vom Bund „Saar-Verein“ und den
angeschlossenen Vereinigungen.**

Die Berliner Ortsgruppe des Bundes „Saar-Verein“ hat seit einiger Zeit nach Besserung der finanziellen Verhältnisse, wie bereits mitgeteilt, ihre Tätigkeit durch Veranstaltung von Vortragsabenden wieder aufgenommen. Von besonderem Interesse dürfte der nächste Vortrag sein, welchen am Montag, den 28. April, abends 8 Uhr, im Musiksaal des Wein- und Bier-Restaurants „Rheingold“, Berlin, Bellevuestraße 19/20, ein ausgewiesener Elsäßer, Herr Dr. Ernst-Berlin, halten wird und dessen Thema lautet: „Unser Elsaß, der Nachbar des deutschen Saar-gebiets“ (mit Lichtbildern). Näheres wird den Mitgliedern durch besondere Einladungskarten bekanntgegeben werden.

An die Mitglieder der Berliner Ortsgruppe des Bundes
„Saar-Berein“

ist folgendes Rundschreiben ergangen:

Hierdurch teilen wir Ihnen mit, daß in der Jahresmitgliederversammlung am 21. März d. Js. beschlossen worden ist, den Jahresbeitrag auf 10 Goldmark festzusetzen. Dieser Beitrag kann in Halbjahrestaten gezahlt werden.

Ferner wurde in der Versammlung beschlossen, jedem Mitgliede nahezu legen, außer diesem Pflichtbeitrage einen einmaligen außergewöhnlichen Beitrag zu zahlen, dessen Höhe sich nach den persönlichen Verhältnissen des einzelnen richten soll.

Wir bitten Sie deshalb, uns den Jahresbeitrag nebst einem evtl. außergewöhnlichen Beitrag möglichst bald auf unser Postcheckkonto Berlin Nr. 66536 einzahlen zu wollen.

Zahlkarte ist zu diesem Zwecke beigelegt.

Wir bitten Sie ferner ganz ergebenst, falls Sie unseren „Saar-Freund“ noch nicht beziehen sollten, denselben im Interesse unserer Bestrebungen unter Benützung des beigegeführten Postbestellzettels mit einem Monatspreis von nur 0,50 Goldpfennig beim zuständigen Postamt gest. bestellen zu wollen.

**Der Vorstand der Ortsgruppe Berlin
des Bundes „Saar-Berein“.**

Fett, Vogel,
Vorſitzender. Schriftführer.

An die Ortsgruppen des Bundes „Saar-Verein“.

hat die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ folgendes Rundschreiben gerichtet:

Nach § 5 der Satzungen des Bundes „Soar-Verein“ beträgt der Jahresmitgliederbeitrag für unsere Ortsgruppen bis zu 50 Mitgliedern mindestens 20 Mark, für jede angefangenen weiteren 50 Mitglieder 10 Mark mehr, soweit nicht im einzelnen Falle besondere Beitragszahlweise vereinbart worden ist.

Wir bitten Sie nun ganz ergebenst, nachdem jetzt wieder ständige Verhältnisse eingetreten sind, gestl. Ihren Verpflichtungen nachkommen und uns den fälligen Beitrag unter Benutzung der beigelegten Zahlkarte einsenden zu wollen.

Da infolge der katastrophalen Geldentwertung Ende v. J. viele Leser den „Saar-Freund“ nicht mehr beziehen konnten, müssen es sich die einzelnen Ortsgruppen nun wieder mehr denn je zur Pflicht machen, ihr größtes Augenmerk darauf zu richten, neue Bezieher für den „Saar-Freund“ zu werben. Wir fügen für diesen Zweck Postbestellzettel bei, in der Hoffnung, daß Sie unserer Bitte gern und mit gutem Erfolge entsprechen werden.

Die Neuherstellung der Bundesnadeln ist bisher an den zu hohen Herstellungspreisen immer wieder gescheitert. Nachdem nun aber auch auf diesem Gebiete eine Verringerung der Preisgestaltung eingetreten ist, glauben wir in alternativer Zeit die Besteller der Bundesnadeln beliefern zu können und bitten gleichzeitig unsere Ortsgruppen nochmals, auch für den Umfah von Bundesnadeln bei den Mitglieberten Sorge tragen zu wollen und Bestellungen uns möglichst bald mitzuteilen.

Die Geschäftsstelle „Saar-Verein“.

An die Einzelmitglieder des Bundes „Saar-Berein“

hat die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ folgendes Rundschreiben gerichtet:

Nachdem unser neues Geschäftsjahr mit dem 1. Januar d. J. begonnen hat, bitten wir alle Mitglieder des Bundes „Saar-Verein“, welche ihren Jahresbeitrag noch nicht entrichtet haben, denselben unter gest. Benützung der beigefügten Zahlungsarte in Höhe von mindestens 10 Mark einzahlen zu wollen. Die Zuwendung außergewöhnlicher Jahresbeiträge ist unserer hohen Aufwendungen wegen sehr erwünscht.

Wir bitten Sie ferner ganz ergebenst, falls Sie unseren „Saar-Freund“ noch nicht beziehen sollten, denselben im Interesse unserer Bestrebungen unter Benützung des beigegeführten Postbestellszettels mit einem Abonnementspreis von monatlich nur 0,50 Goldpfennig beim zuständigen Postamt gest. bestellen zu wollen.

Die Geschäftsstelle „Saar-Berein“.

Auf Einladung der Ortsgruppe Berlin des Bundes „Saarverein“ sprach am Freitag, den 21. März, im Vereinshaus Deutscher Ingenieure, wie schon erwähnt, Landtagsabgeordneter Bachem über das Thema: „Im Ring des Reiches“ (Grenzlandschicksale).

Ausgehend von dem Symbol, daß sich das deutsche Schicksal in zwei Burgen verkörpere, im Osten in der Marienburg und im Westen in der Ebernburg, auf der Franz v. Sickingen Ulrich v. Hutten, dem von allen Reichsfeinden verfolgten Vorkämpfer des deutschen Gedankens, Zuflucht gewährte, leitete Herr Bachem, der selbst mehrfach ein Opfer der französischen Gewaltherrschaft geworden ist, über zur Schilderung der schweren Nöte und Schicksale, die über unsere Grenzländer durch das Versailler Friedensdiktat hereingebrochen sind. Von Stürms politischen Gedichten ausgehend, schilderte er kurz den Kampf um die Nordmark, wo Dänemark als Hyäne des Schlachtfeldes dem Besiegten alles deutsches Land entreißen konnte; im höchsten Grade bedauerlich ist es, daß auch eine deutsche Partei in einem Vertrage mit ihrer Bruderpartei in Dänemark von der „vereinbarten Grenze“ redete.

Das deutsche Memelland ist Spielball im Streite Polens und Litauens geworden; auch Danzig wird abgeschnürt und vergewaltigt.

Von den gewaltigen, politisch, wirtschaftlich und kulturell unberechtigten und unerträglichen Gebietsabtretungen an Polen in Ost- und Westpreußen, in Posen und Oberschlesien, dem entrissenen Sultschiner Land ging der Vortragende über zur Südmärk, wo er unseren österreichischen Brüdern alles Gute in ihrem Kampfe, der auch der unsere sei, wünschte, und dann zu Elsaß-Lothringen, dem ewig deutschen Land.

Was die Abtretung von Eupen-Malmedy anbelangt, so ist ja genügend bekannt, auf welche Art und Weise die anständige deutsche Bevölkerung bei der Abstimmung um ihre freie Willensmeinung gebracht worden ist.

Ausführlich sprach Herr Bachem dann von den anderen besetzten Gebieten im Westen, von Saar, Rhein und Ruhr. Er besprach die schmachvolle Völkerrundherrschaft im Saargebiet, deren Vertreter nur die ausführenden Organe der französischen Besatzung seien, und die sich keineswegs darum kümmern, daß die jüngsten Landesratswahlen mit nahezu 100 Prozent deutscher Stimmen auch den letzten Gutgläubigen davon überzeugt haben, daß Frankreichs Anspruch auf das Saargebiet ohne jeglichen Rechtsgrund erhoben wird. Wie sehr Frankreich eine öffentliche Erörterung der Saarfrage im Völkerrundrat scheut, zeigen die letzten Verhandlungen in Genf; dort hat Frankreich erneut erreicht, daß vorläufig mal wieder im wesentlichen alles beim alten bleibt in Beziehung auf die Beibehaltung der französischen Truppen und die Verwaltung des Saargebiets. Der Vortragende schilderte dann in von tiefen vaterländischen Gefühlen durchglühten, längeren Ausführungen die fortgesetzten Übergriffe der Rheinlandkommission und die Entrechtung Deutschlands durch die genannte Kommission, die Schandtat der Separatisten am Rhein und in der Pfalz, die, wie tausendfach erwiesen, nur mit der wirksamsten Unterstützung der Franzosen jenes Schandensystem führen konnten. Daß die treudeutsche gestimmte Bevölkerung allerorts die Separatistenherrschaft und jede Sonderbündelerei ablehnt, das hat das Ende Helms-Orbis und anderer in Birmaßens und am Rhein bewiesen und der ganzen Welt vor Augen geführt, wenn sie es sehen will. Leider zeige sich die französische Tätigkeit im Angriff viel tätiger als die deutsche in der Abwehr.

Ungeheuerlich ist das Unrecht, das seitens Frankreichs uns täglich und stündlich angetan wird, und groß ist die Not und das Elend, welches über all die ausgewiesenen, geflüchteten und noch im Gefängnis schmachenden deutschen Brüder hereingebrochen ist, und gar nicht genug kann seitens der Regierung getan werden, um dieses Elend zu mildern. Leider müsse man das Gefühl haben, daß in dieser Beziehung noch manches geschehen könne, wie viele Beschwerden von Geschädigten bewiesen. Infolge der Ueberorganisation von Behörden im Reiche und in den Ländern, die auch an dem Ende des Ruhrkampfes mitschuldig ist, sei es vielfach schwierig und zeitraubend, die zutändige Behörde ausfindig zu machen, zum Nachteil der Hilfesuchenden; hierin müsse endlich unbedingt Wandel geschaffen werden. Aber auch der von Parteirücksichten beherrschten Personalpolitik im besetzten Gebiet müsse man entgegenzutreten, um, wie der Redner nachwies, zum Nachteil der Bevölkerung ausschlagende Verwaltungsmassnahmen zu verhüten.

Der mit großem Beifall aufgenommene mehr als zweistündige Vortrag gipfelte in dem Gedanken, an dessen Verwirklichung Herr Bachem seit längerer Zeit arbeitet, einen das ganze Reich umfassenden Volksbund nach dem Muster der französischen Patriotenliga ins Leben zu rufen, der alle die Kräfte umfassen soll, die zusammenwirken müssen, um über die Rheinlande aufzuwachen, ihnen jedes Gefühl der Verlassenheit zu nehmen und

dafür zu werben, sie von der Fremdherrschaft zu befreien. Er denkt dabei an einen Zusammenschluß aller zu gleichen Zielen strebenden landsmannschaftlichen und anderen Organisationen, dem sich jedoch Widerstände entgegenstellten, Widerstände nicht sachlicher, sondern organisatorischer Art, die in der Verschiedenartigkeit der einzelnen Arbeitsgebiete begründet sind, wie sie sich aus der verschiedenen Behandlung ergeben, die das Versailler Diktat den einzelnen Gebieten deutscher Heimat angedeihen ließ. Alle Zuhörer werden Herrn Bachem dankbar sein, daß er ihnen in knappen Strichen ein Bild von dem Ring gab, den Frankreich rings um das deutsche Vaterland gelegt hat und in welchem alle daran beteiligten Staaten einen systematischen Austrottungskampf gegen das Deutchtum führen.

Einem Saarabend veranstaltete der Verein für das Deutchtum im Ausland (Ortsgruppe Charlottenburg) am 8. April 1924 im Kaiserin-Augusta-Gymnasium unter großer Beteiligung. Unter den zahlreich erschienenen Saarländern bemerkten wir unseren Saarbrücker Landsmann, Konteradmiral a. D. Seebohm, das geschäftsführende Vorstandsmitglied des vorgenannten Vereins. Nach einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden der Ortsgruppe Charlottenburg, Herrn Kahlabaum, trug Herr von Rudelsdorf Gedichte von Heinrich Gutberlet vor, darunter „Volk und Heimat“, „Ein Volk, ein Vaterland“, „Gelöbnis“, „Ein Wort an unsere Feinde“, „Ein Volk, das Ketten bricht“, „Bismarcks Wiederkehr“ usw. Der anwesende Dichter durfte den begeisterten Dank der Versammlung entgegennehmen. Frau Lilly von Greiff sang einbrunsvoll deutsche Volkslieder. Der Leiter der Geschäftsstelle „Saarverein“, Verwaltungsdirektor Vogel, hielt sodann einen Vortrag über „Rhein, Ruhr, Saar und die Pfalz in ihrem Abwehrkampf gegen die Franzosen“. Einleitend erinnerte er an die vor fünf Jahren erfolgten ersten Ausweisungen aus dem Saargebiet, durch welche über 200 Personen — darunter auch er — von Haus und Hof vertrieben worden seien. Er schilderte die rücksichtslose und sadistische Art und Weise, wie die Franzosen bei den Verhaftungen und bei den Ausweisungen vorgegangen seien, um den Uebermut der französischen Sieger zu kennzeichnen. Er erinnerte an die herausfordernde Ansprache des französischen Generals Garnier Duplessis an die Vertreter der Staats- und Kommunalbehörden und an die Stadtverordneten der Stadt Saarbrücken im Saarbrücker Rathausaal am 22. Januar 1919, die von Beleidigungen, Demütigungen und Beschimpfungen Deutschlands strotzte. Seit der Annahme des Versailler Schandvertrages triumphierte die Politik Ludwigs XIV. wieder, jene französische Raubpolitik, die Europa ein halbes Jahrhundert nicht zur Ruhe kommen ließ und heute die ganze Welt ins Unglück stürzen müsse. Das Friedensdiktat von Versailles habe die richtige Kennzeichnung gefunden in dem bedeutsamen Werk Hermann Stegemanns „Der Kampf um den Rhein“, in dem es wörtlich heißt: „Wie war es möglich, solche unvernünftigen Friedensverträge aufzusetzen und zur Grundlage einer neuen politischen Ordnung zu machen, ohne das Verdammungsurteil der Welt herauszufordern? Die Antwort gibt der Vertrag selbst. Um den Frieden von Versailles vor der Geschichte zu rechtfertigen und zugleich dem Schein des Rechts und der Gerechtigkeit zu wahren, schrieben die Sieger einen Satz hinein, in dem Deutschland der Schuld an diesem Kriege geziehen wurde, und um diese Fiktion noch tiefer im Bewußtsein der Welt zu verankern, fügte man dem Vertrag eine Bedingung ein, die die Herausgabe der „Kriegsschuldigen“, in erster Linie Kaiser Wilhelms und der sogenannten „Kriegsverbrecher“, forderte, und schloß Deutschland vom Völkerbund aus. Diese Bezeichnung bildet das Fundament des Vertrages. Auf ihr fußend, wurde dem deutschen Volk nicht ein eigentlicher Vertrag gewährt, sondern in 414 Artikeln Schuld, Strafe und Sühne zugemessen und der Krieg als solcher, der bisher als eine geschichtliche Erscheinung anerkannt war und als „ein Akt menschlichen Verkehrs“ gegolten hatte, rückwärts als eine strafwürdige Handlung gekennzeichnet. Kein über den Parteien thronendes Gericht fällte diesen Schuldspruch, und die Schuldfrage selbst blieb der Erörterung entzogen. Man betrachtete es einfach als erwiesen, daß Deutschland den Krieg gewollt und herbeigeführt habe, machte aus der Legende ein Organ der Politik, schloß die eigenen Archive, ging über die geschichtliche Entwicklung eines halben Jahrhunderts mit Stillschweigen hinweg und hielt sich an die Tatsache, daß Deutschland sich im letzten Augenblick in die Rolle des Angreifers hatte monövertieren lassen usw.“ Das Friedensdiktat von Versailles ist, so fuhr Redner fort, in der Tat ein Erzeugnis niedriger politischer Leidenschaft, das Haß und Mißtrauen gerät habe und eine unerschöpfliche Quelle bedrückender Leiden für die ganze Welt sei. Die Grundlage

alles Elends sei der Schmachfrieden von Versailles, ganz besonders aber die Lüge über die deutsche Kriegsschuld. Es sei eine böswillige Entstellung wider besseres Wissen, wenn behauptet werde, daß das deutsche Volk den Krieg heraufgeführt habe. Es sei nicht mehr länger erträglich, daß diese Lüge heute noch über die ganze Welt verbreitet werde, und es sei die höchste Zeit, daß das deutsche Volk mit allen Kräften dafür Sorge, daß die Wahrheit ans Licht komme und allgemein anerkannt würde, daß das deutsche Volk am Kriege keine Schuld treffe.

Furchtbares Elend habe das Versailler Diktat gebracht über das treudeutsche Volk, am Rhein, an der Saar und an der Ruhr. Schon im Jahre 1913, also noch im tiefsten Frieden, habe Delcassé an Saar, Rhein und Ruhr gedacht, als er am Jarenhofs über die Verteilung der deutschen Beute verhandelte. Das Deutsche Reich sollte vernichtet und Preußen soviel als möglich geschwächt werden. Saar, Rhein und Ruhr standen im Mittelpunkt aller Wünsche und Hoffnungen Frankreichs, als es in Versailles mit seinen Verbündeten am Verhandlungstisch saß. Hier in Versailles habe es seine Karten völlig aufgedeckt. Ist das ein Sieger, so fragt der Redner, der ein so böses Gewissen und so große Angst hat, daß er sich derartig durch die Besetzung der Rheinlande usw. sichern muß, wie es durch das Friedensdiktat von Versailles geschehen ist? Wohin der Weg gehe, wisse man. Das, was durch das Versailler Diktat nicht ganz erreicht worden sei: die französische Rheingrenze oder doch die Lostrennung der Rheinlande vom Deutschen Reich und die wirtschaftliche Beherrschung der Ruhrkohlenindustrie, das solle durch Schikanen aller Art, besonders durch die französische Sanktionspolitik erreicht werden. Redner führte dann näher aus, daß für die unseligen Folgen der Bestimmungen des Friedensdiktats von Versailles der beste Beweis seien die traurigen und beklagenswerten Zustände ganz besonders in unserem treudeutschen Saargebiet, welches, von dem Mutterlande Preußen-Deutschland auf 15 Jahre getrennt, in die übelste Knechtschaft geraten sei. Er schilderte Land und Leute, um dann auf die wichtigsten Bestimmungen des Versailler Diktats, das Saargebiet betreffend, einzugehen. Aus seinen Darlegungen ging hervor, daß Frankreich als Besitzerin der Saargebiete politisch, wirtschaftlich und kulturell Beherrscherin des Ganzen ist, und daß dadurch das Saargebiet schon verraten und verkauft wäre, wenn dort unten in der Westmark der preußischen Rheinprovinz nicht eine so zuverlässige, im Kampf um das Deutschland für das ganze deutsche Volk vorbildlich dastehende Bevölkerung anlässlich wäre. Der Clemenceauschen Lüge von der berückigten „Saarländer-Adresse mit 150 000 Unterschriften“ stellte Redner das Ergebnis der Wahlen für den Landesrat gegenüber, bei welchen 99,90 Prozent der Stimmen für die deutschen Listen abgegeben wurden. Die ganze bisherige Haltung der Bevölkerung und ihre Abstimmungen seien aber auch der beste Beweis für die völlige Unhaltbarkeit der Forderung einer Abkündigung im Jahre 1935.

Was seit 5 Jahren am Rhein, an der Ruhr, an der Saar und in der Pfalz geschehe, sei ein Werk erbärmlicher Feigheit und ein weltgeschichtliches Denkmals von Schmach und Schande für die Franzosen und Belgier. Diebstahl, Raub, Plünderung, Mord, Verhaftungen, Ausweisungen, französischer Sadismus, rohe brutale Gewalt, Mißhandlung mit Reitpeitsche und Gewehrkolben, das seien die Heldentaten der Franzosen an Rhein, Ruhr und Saar. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an die Fälle Schlageter und Willy Drever und an die Worte des Reichsministers Dr. Jarres: „Schandbar ist es, was die französische Justiz getan hat, aber auch wir müssen uns schämen, und niederdrückend muß auf uns Deutsche der furchtbare Gedanke wirken, daß der Entschlafene durch Verrat von Volksgenossen in die Hände der Franzosen gefallen ist.“ Ein hochkultiviertes Volk, wie das deutsche Volk, könne sich auf die Dauer eine derartige Versklavung und Mißhandlung nicht gefallen lassen.

Anlässlich der Verhandlungen über die Reparationsfrage, die Frankreich bekanntlich als Sprungbrett für seine Annexionsabsichten benutze, habe kein anderer als Lloyd George im Dezember 1922 folgendes ausgeführt: „Wenn die französischen Minister entschlossen sind, unter keiner Bedingung, auch nicht am Ende der Besatzungsfrist, den Rückzug vom Rhein anzutreten, dann öffnet sich ein neues Kapitel in der Geschichte Europas und der Welt, und es ist so Schreckliches zu befürchten, wie es die Menschheit noch nicht erlebt hat. Die deutschen Provinzen auf dem linken Rheinufer sind in Rasse, Sprache, Ueberlieferung und Sympathien unbedingt deutsch. In Europa gibt es 70 Millionen Deutsche. Binnen einer Generation mögen es hundert sein. Sie werden sich nie beruhigen, solange Millionen ihrer Landsleute auf dem anderen

Ufer des Rheines unter fremdem Joch schmachten, und es wird nur eine Frage der Zeit und der Umstände sein, daß der unvermeidliche Befreiungskrieg beginnt.“

Nachdem Frankreich erkennen mußte, daß es die Herzen der Bevölkerung an Rhein, Saar und Ruhr nicht mit Zuckerbrot und nicht durch die Peitsche erringen konnte, hat es zu den „Separatisten“ Zuflucht gesucht, mit deren Hilfe, also mit Lumpengefindel, Verbrechern und Zuchthäuslern, es die Loslösung des linken Rheinufers von Deutschland durchzuführen hofft. Hingzu läßt die Verschärfung der bereits unerträglichen Besatzungslasten. Die beschlagnahmten öffentlichen und Privatgelder betrügen seit Januar 1923 in 370 Fällen 5 Millionen Mark, für militärische Bauten seien seit dem 1. Oktober 30 Millionen Mark aufgebracht und weitere 24 Millionen Mark eingefordert. Für Requisitionen habe das Reich im Jahre 1923 94 Millionen Mark zu erstatten gehabt. Elf Millionen deutsche Männer und Frauen schmachten an der Ruhr, am Rhein, an der Saar und in der Pfalz unter der Fremdherrschaft, über 190 000 Deutsche seien von Haus und Hof vertrieben worden, 1100 Jahre Gefängnis hätten französische Kriegsgerichte verhängt, 11 Todesurteile seien gefällt, 132 Tote seien im Ruhrkampf geblieben. Der ganzen Welt müsse tagtäglich all das zugerufen werden, was unserem deutschen Volke von Frankreich und Belgien an Schurkereien, an Demütigungen, an Mord und Plünderungen, an Gemeinheit und Brutalität alles widerfahren sei. Der Haß, den Frankreich gegen am Rhein, an der Ruhr, an der Saar und in der Pfalz werde bittere Früchte tragen. Was aber dem deutschen Volk not tue wie das tägliche Brot, seien Einigkeit und Nationalbewußtsein. Erst wenn wir wieder einmal unter uns einig sind und selbstbewusstes nationales Empfinden in alle Schichten unseres Volkes wiederkehrt, dann erst kann unser Aufstieg beginnen, dann erst wird Frankreich erkennen müssen, daß ein 70-Millionen-Volk nicht in den Staub getreten werden kann. — Die Ausführungen fanden stürmischen Beifall, und der Vorsitzende des Landesverbandes, Professor Gumlich, handelte im Sinne der Versammlung, als er dem Redner besonderen Dank für die ergreifenden Schilderungen und deutschen Worte aussprach.

Bücherschau.

„A Spade Called A Spade“, Sixth Edition. Issued November 1923 by New Jersey State Council of the Steuben Society of America. A. E. Schoeller, Sec'y, 366 S. Broad Street Trenton, N. J.

Ein kleines, geschickt aufgemachtes Büchlein kommt von Amerika zu uns. Es ist eine Werbeschrift der Steubengeellschaft von Amerika. Format, Umfang, Bildbeigaben, Stoffanordnung zeigen propagandistisch die vollendete publizistische Technik der Amerikaner. Es ist ein Gespräch eines Zeitungsverstreters mit einem Führer der Steubengeellschaft über die Fragen des Rhein- und Ruhrgebietes. Die ganze Anpassung an die amerikanische Mentalität ist vortrefflich gelungen. Wir können nur wünschen, daß dem Büchlein voller Erfolg hinsichtlich der Werbung der Steubengeellschaft beschieden ist.

Sidney Osborne, The Saar Question, A Disease Spot In Europe, London 1923. George Allen & Unwin, Ltd.

Das Buch besteht aus zwei Teilen. Der erste, kleinere, Teil ist Darstellung; der zweite, größere, gibt die wichtigsten Dokumente hierzu. Die Darstellung bringt nicht wesentlich Neues. Eingehend ist André Tardieu's Haltung in der Saarfrage dargestellt, sowie die seines Gegenspielers, des Professors C. W. Hasse, der mit ihm im Sachverständigenkomitee der Friedensverhandlungen saß. Für die historische Behandlung der Saarfrage bietet die deutsche Literatur wie auch die französische von ihrem Standpunkte hier erheblich Besseres. In einem Sondertapitel wird dann ausführlicher das allmähliche Französischwerden des Saargebietes besprochen, alle Hoffnung knüpft der Verfasser an den Friedensvertrag. Die angezogenen Dokumente sind ebenfalls durchweg bekannt. Das Büchlein der deutschen Regierung ist hier eingehend benutzt. Schon aus diesem Grunde wäre dringend erwünscht, daß dessen Herausgabe bald erfolgt. Trotzdem ist das Buch als ein erfreuliches Zeichen des Umschwungs der angelsächsischen Welt in der Frage des Saarlandes zu werten. Der Verfasser hat sich zur oberflächlichen Frage im gleichen Weltverlag sehr eingehend ausgesprochen. Wir freuen uns seines Interesses an den Saarfragen und wünschen dem praktisch und sachkundig angelegten Büchlein einen weiten englischen Verstreis.

Briefkasten.

Bedingen-Saar. 10 Frcs. mit Dank erhalten.
Aus Homburg 6 M. mit bestem Dank erhalten.
10 Frcs. von D. B. in S. mit bestem Dank erhalten.